



# Deutsche Polizei

Nr. 12 Dezember 2005

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## Getroffen

### In dieser Ausgabe:

Schöneberger Forum:  
Mehr Gestaltungsrechte  
für den öffentlichen Dienst

ACE:  
Mobilitätsdienstleister  
und Verkehrsbund

### Informations- und Kommunikationstechnik:

- PMRExpo 2005
- TETRA-Funksystem in  
Großbritannien

BKA-Herbsttagung:  
Neue Bedrohungen  
erfordern neue  
Bekämpfungsformen

### GdP-Sicherheitsforum:

Es ist nur ein Spiel ...

### Seniorenjournal:

6. GdP-Seniorenfahrt geplant

## 2 KURZ BERICHTET

## 4 KOMMENTAR

*Sparen wir uns um Kopf und Kragen?*

## 4/5 AKTUELL

*Der neue Koalitionsvertrag  
mit Ecken und Kanten*

## 6 TITEL/ SCHUSSWAFENERLEBNIS

*Getroffen*

## 12 SCHÖNEBERGER FORUM DES DGB

*Mehr Gestaltungsrechte für den  
öffentlichen Dienst*

## 17 BUNDESFINANZPOLIZEI

*Zoll verbessert Ausbildung der Spezialkräfte*

## 18 AUTO CLUB EUROPA

*ACE: Mobilitätsdienstleister und Verkehrsbund*

## 21 KOMMUNIKATIONS- UND INFORMATIONSTECHNIK

*PMRExpo 2005 – Leitstellenkongress, Kollo-  
quium, Foren und begleitende Fachmesse*

## BKA-HERBSTTAGUNG 24

*Neue Bedrohungen erfordern  
neue Bekämpfungsformen*

## GdP-SICHERHEITSFORUM 27

*Es ist nur ein Spiel ...*

## SENIORENJOURNAL 30



*Unseren Leserinnen und Lesern ein  
stressfreies und erholsames Weihnachtsfest  
sowie ein ausnehmend gutes Jahr 2006.*

*Einen besonders ruhigen Dienst all jenen,  
die an den Feiertagen arbeiten müssen.*

Titelbild: Foto ddp  
Titelgestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Deutsche Polizei



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
185.324 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**Inhalt:**  
100% Recyclingpapier  
**Umschlag:**  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

**Nr. 12 • 54. Jahrgang 2005 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:**  
<http://www.gdp.de>

**Redaktion Bundesteil:**  
Marion Tetzner  
(verantwortliche Redakteurin)  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 190  
**E-Mail:** [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Lothar Becker

**Anzeigenleiter:**  
Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## AUS DEN LÄNDERN

### Bayern: neuer Landesvorsitzender gewählt

Der 52-jährige Polizeihauptkommissar Harald Schneider aus Unterfranken wurde auf dem 21. Landesdelegiertentag am 12. November 2005 in München zum neuen Landesvorsitzenden der

stand. Harald Schneider übergab dem scheidenden Landesvorsitzenden (Foto 1.) nach einstimmigem Beschluss eine Urkunde zum Ehrenvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei.



Foto: Fink

Bayerns neuer GdP-Vorsitzender Harald Schneider (r.) zeigt sich konsequent: Einem weiteren Stellenabbau und Sonderopfern für die Polizei werde die GdP-Bayern nicht tatenlos zusehen. „Sollten

die Gespräche mit der Landtagsfraktion keinen Erfolg zeigen, stehen unsere Kolleginnen und Kollegen bereit, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen.“

die Gespräche mit der Landtagsfraktion keinen Erfolg zeigen, stehen unsere Kolleginnen und Kollegen bereit, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen.“

red

### Brandenburg: Frau an der Spitze, Mann im Parlament

Am 25. Oktober 2005 wurde Petra Schäuble zur Vorsitzenden des Polizei-Hauptpersonalrates beim Innenministerium des Landes Brandenburg gewählt. Damit steht zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland eine Frau an der Spitze dieses wichtigen Mitbestimmungsorgans.

Petra Schäuble übernimmt dieses Amt von Andreas Bernig, der nunmehr sein Mandat als Landtagsabgeordneter im Brandenburger Landtag angenommen hat. Damit erfüllt sich ein Ziel, das sich



Petra Schäuble

die GdP-Brandenburg immer auf die Fahne geschrieben hatte: Abgeordnete im Landtag zu haben, damit gewerkschaftliche Interessen deutlicher zur Geltung kommen. Andreas Bernig: „Ich bin sicher, dass das, was die GdP vertritt, dem entspricht, was für die Menschen gerade in sozialer Hinsicht gut ist. In diesem Sinne werde ich auch in Zukunft für meine GdP da sein. Ich freue mich riesig, dass sich Petra der Verantwortung des neuen Amtes stellt und wünsche ihr alles erdenklich Gute.“

red

### Sachsen-Anhalt: Arbeitsschutzlücken schließen!

Auf ihrer 5. Sicherheitskonferenz hat die GdP in Sachsen-Anhalt am 1.11.2005 darauf hingewiesen, dass es bei der Festlegung einheitlicher Arbeitsschutzstandards bei der Landespolizei noch erhebliche Lücken gibt. Vor zahlreichen KollegInnen, Vertretern politischer Parteien, des Staatssekretärs und weiteren Vertretern des Innenministeriums sowie der Behörden und Einrichtungen der Polizei betonte sie: Der polizeiliche Arbeitsschutz darf nicht hinter den quantitativen und qualitativen Anforderungen der gewerblichen Wirtschaft zurückbleiben.

Während der Konferenz ist es gelungen, die fachliche Diskussion so weit voranzutreiben, dass sich die Teilnehmer einig waren: Auf die Arbeitswelt der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist der höchstmögliche Arbeitsschutzstandard anzuwenden. Als Folgeschritt will die GdP in Sachsen-Anhalt eine Verordnung über die modifizierte Anwendung von Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes im Polizeivollzugsdienst des Landes in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Petermann

### TREFFEN MIT CDA-CHEF:

### GdP-Standpunkte verdeutlicht

Zu Gast in der GdP-Geschäftsstelle Berlin war am 24. Oktober 2005 der Vorsitzende der CDA (Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands), Karl-Josef Laumann. Das Treffen diente einem

ersten Kennenlernen. Besprochen wurden insbesondere Probleme des Arbeitsmarktes, sozialpolitische Fragen, die aktuelle Föderalismusdebatte und die Tarifpolitik.

tetz



Während des Treffens in der Berliner Geschäftsstelle: GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, CDA-Chef Karl-Josef Laumann, die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP Kerstin Philipp und Detlef Riefenstahl sowie GdP-Sekretär Hans Adams (v. l. n. r.)

Foto: tetz

## GDP FORDERT: Bundesfinanzpolizei

Aus Sicht der GdP wird die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung, illegaler Beschäftigung und gewerbsmäßiger Schwarzarbeit in Deutschland nur halbherzig betrieben.

„In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, der Ängste vor Arbeitslosigkeit, sozialem Abstieg und steigender Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte haben die Menschen kein Verständnis mehr dafür, dass nicht alle Kräfte gegen Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung, illegale Beschäftigung und gewerbsmäßige Schwarzarbeit und damit für mehr Arbeitsplatzsicherheit und höhere Steuereinnahmen mobilisiert werden“, unterstreicht

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg. Ein wirksamer Beitrag zur effektiveren Bekämpfung dieser immens sozialschädlichen Kriminalitätsformen wäre die Einrichtung einer Bundesfinanzpolizei. Diese Behörde – ausgestattet mit polizeilichen Befugnissen – würde durch die Vernetzung der bereits bestehenden Finanzkontrolle Schwarzarbeit, des Zollgrenzdienstes und der Zollfahndung die strafrechtliche Verfolgung von besonders sozialschädlichen Formen der Schattenwirtschaft effektiver bewerkstelligen. Darüber hinaus könnte durch eine Bundesfinanzpolizei die Bekämpfung des Schmuggels (z. B. Rauschgift, Waffen und Zigaretten), Geldwäsche und Subventionsbetrug verbessert werden. **red**

## BV UND BEIRAT TAGTEN:

### Koalitionsvereinbarungen diskutiert

Vom 15. bis 17. November tagten in Berlin GdP-Bundesvorstand und Beirat. Dabei wurden insbesondere die Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen diskutiert. Weitere Themen waren die Zukunft der Beamtenversorgung, die aktuelle Tarifpolitik, das GdP-Betreuungskonzept zur Fußball-WM und Fragen im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Polizei. BKA-Vorsitzender Jörg Ziercke referierte vor den Beiratsmitgliedern über die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Die anschließende konzentrierte Diskussion zeugte von der enormen Bandbreite des Problems.



BKA-Chef Jörg Ziercke während seines Referats. Foto: tetz

## EURO COP:

### Anerkannt als wichtiger Partner

Die Europäische Kommission wird EuroCOP in Zukunft bereits im Vorfeld neuer Regelungen für den Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit konsultieren. Das war das wichtigste Ergebnis eines Treffens zwischen dem EuroCOP Präsident Heinz Kiefer und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Franco Frattini im Oktober. Das Gespräch fand unter Beteiligung des Leiters der Geschäftsstelle von EuroCOP, Jan Velleman, sowie Lorenzo Salazar, Mitglied im Kabinett von Herrn Frattini, im Sitz der EU Kommission in Brüssel statt.

Frattini, der in der Kommission für das Ressort Justiz und Inneres zuständig ist, erkannte insbesondere die wichtige Rolle an, die EuroCOP bei der Einbeziehung der neuen Mitgliedsstaaten in das Schengener Abkommen leisten kann. Kiefer betonte in diesem Zusammenhang, dass hohe professionelle Standards und ein hohes Maß an Integrität der Polizei notwendige Voraussetzungen für eine effiziente grenzüberschreitende

Zusammenarbeit der Polizei sind. Dem steht jedoch trotz beachtlicher Fortschritte bislang in vielen der neuen Mitgliedsstaaten einiges



Eurocop-Präsident Heinz Kiefer während des Treffens. Foto: Velleman

entgegen: Neben oft kaum transparenten Beförderungsrichtlinien und einem für politische Einflussnahme und Willkür offenes Disziplinarrecht ist die im Vergleich zum Rest der Bevölkerung oft unterdurchschnittliche Bezahlung von Polizeibeschäftigten eines der Kernprobleme in diesem Bereich.

Aus Sicht von EuroCOP ist es daher zu begrüßen, dass die EU Kommission von den derzeitigen

Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien, die der EU 2007 beitreten sollen, eine deutliche Aufstockung des Etats der Polizei gefordert hat. Kiefer: „Hier hat die Kommission klar dazu gelernt. Im Vergleich zur vorangegangenen Erweiterungsrunde sind die Ansprüche an die Beitrittskandidaten

Rumänien und Bulgarien im Bereich der inneren Sicherheit deutlich gewachsen.“

Ein weiteres wichtiges Thema des Gesprächs war die von EuroCOP be-

fürchtete Unterwanderung nationaler Regulierungen des privaten Sicherheitsgewerbes durch die EU Dienstleistungsrichtlinie: Welche Auflagen Anbieter privater Sicherheitsdienste erfüllen müssen und in welchen Bereichen sie aktiv werden können, ist in den Mitgliedsstaaten der EU äußerst unterschiedlich geregelt: Während einige Staaten sehr restriktive Gesetze erlassen haben, ist das Gewerbe in anderen gar nicht regu-

liert. Unter der EU-Dienstleistungsrichtlinie könnte aber ein Anbieter aus einem Mitgliedsstaat ohne Regulierung in einem anderen Mitgliedsstaat seine Dienste ohne weitere Auflagen anbieten. Nationale Vorschriften würden so unterlaufen, zum Nachteil nicht nur der nationalen Konkurrenz, sondern auch der öffentlichen Sicherheit. Auch hier wird Frattini auf den federführenden Kommissar für Binnenmarktfragen zugehen und im Sinne von EuroCOP eine mögliche Ausnahme für das private Sicherheitsgewerbe in der Dienstleistungsrichtlinie prüfen.

Mit dem verstärkten Kontakt zur EU Kommission und der Anerkennung als Europäische Branchenorganisation Polizei ist EuroCOP für die Zukunft optimal aufgestellt. Der direkte Draht und die formelle Anerkennung durch die EU Institutionen ist für EuroCOP Mitgliedsorganisationen ein wichtiger Vorteil auch auf der nationalen Ebene: Letztlich bewahrt dieser Kontakt Mitgliedsorganisationen davor, auf nationaler Ebene vor vollendete – weil auf EU-Ebene verhandelte – Tatsachen gestellt zu werden.

ju

# KOMMENTAR

## Sparen wir uns um Kopf und Kragen?

Nun haben wir also eine Kanzlerin, eine neue Regierung, einen Koalitionsvertrag, neue Minister und überhaupt hat die Postenverteilung für den größten Wirbel gesorgt.



Gibt es nun berechtigte Hoffnungen, dass die großen Probleme unseres Landes, wie Massenarbeitslosigkeit, fehlendes Wirtschaftswachstum und Sicherung der Sozialsysteme in Angriff genommen werden? Was ist denn nun eigentlich anders?

Es ist, wie in den anderen Jahren auch: Wir haben weitere Belastungen zu verkraften – u.

a. die Kürzung der Pendlerpauschale (obwohl uns höchstmögliche Flexibilität abverlangt wird), die Mehrwertsteuer wird erhöht (nicht um 2 Prozent, wie es die CDU noch kürzlich vorschlug, sondern als „Kompromiss“ nun um 3 Prozent) ...

Es werden auch klar erkennbare Fehlentwicklungen eingeleitet, wenn wir uns die Ergebnisse der Föderalismusdiskussion ansehen: Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht gehen in die Zuständigkeit der Länder.

Diese unselige Aufspaltung hat Deutschland aus gutem Grund Mitte der 70er des vorigen Jahrhunderts abgeschafft. Nun kommt die Renaissance der „Fürstentümer“. Dass hier auf Kosten der Steuerzahler die Länderbürokratie ihre Blüten treiben wird, scheint ebenso wenig zu interessieren wie die damit verbundene Gefahr eines Sicherheitsgefälles.

Es droht ein Wettlauf nach „unten“.

Jeder Koalitionsvertrag zwischen politischen „Gegnern“ kann nur ein Kompromiss sein. Aber kann der aktuelle Kompromiss Deutschlands Probleme lösen?

Der Knackpunkt, so die Meinung führender Wirtschaftswissenschaftler, ist und bleibt für Deutschland die Binnennachfrage. Bei sinkendem Einkommen fehlt den Bürgern einfach das Geld und das Vertrauen in die Zukunft.

Die meisten Bürger werden vermutlich auch unter dieser Regierung ihr Geld weiter auf die hohe Kante legen – schließlich weiß man auch jetzt nicht genau, was noch so kommt ...

In diesem Unsicherheitsgefühl sind wir gerade wieder bestätigt worden: Nun soll auch den Bundesbeamten das Weihnachtsgeld halbiert werden (nähere Regelungen stehen noch aus). Dass sich die Mitglieder der Bundesregierung selbst ebenfalls diese Sparmaßnahme auferlegen wollen, ist zwar löblich, die moralische Geste kann den Geldverlust des Einzelnen aber nicht wettmachen (insbesondere nicht den Beziehern kleinerer Einkommen). Was bleibt, ist die Tatsache, dass den Polizistinnen und Polizisten überdimensional stark in die Tasche gegriffen wird.

Wir als Gewerkschaften bekommen die angespannte Haushaltlage fast immer als „Totschlagargument“ von den Politikern um die Ohren gehauen. Als Erfolge müssen wir heute schon die Verhinderung von Schlimmerem werten.

Dass die neue Regierung Mitbestimmungsrechte, Betriebsratsarbeit und Tarifautonomie nicht weiter als Reformbremsen deklariert, ist erfreulich und bei weitem kein Selbstläufer, sondern Resultat mühsamer Kleinarbeit, aber auch unmissverständlichen öffentlichen Aktivitäten der Gewerkschaften zu verdanken.

Wir sind als Polizisten vereidigt und stehen zu unserem Eid. Wenn die neue Bundesregierung allerdings den Kurs ihrer Vorgänger fortsetzt und weitere drastische Kürzungen und Einschnitte plant, hat sie mit unserem deutlichen Widerstand zu rechnen.

## Der neue

**Seit Ende November ist die Regierung Merkel im Amt. Grundlage ihres Handels ist der Koalitionsvertrag, den Union und SPD Mitte November unter dem Titel „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ geschlossen haben. Er ist fast 200 Seiten stark. Den weitaus größten Raum nehmen die Regierungsvorhaben zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ein; hinzu kommen u. a. Festlegungen zur Gestaltung der Außenpolitik, zur familienfreundlichen Ausrichtung der Gesellschaft, zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme.**

**Der inneren Sicherheit ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Der beabsichtigte Umbau des Öffentlichen Dienstes und die Verlagerung großer Teile des Beamtenrechtes in die Länder nehmen dagegen nur wenige Zeilen in Anspruch. Wir fassen die aus Sicht der GdP wichtigsten Vereinbarungen der Koalitionspartner noch einmal zusammen und bewerten sie.**

### Beamten- und Dienstrecht

Bestandteil des Koalitionsvertrages ist auch die Einigung, die eine eigene Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform erzielt hat: eine neue

## Koalitionsvertrag mit Ecken und Kanten

Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern – darunter auch die Übertragung wesentlicher Teile der beamtenrechtlichen Regelungen vom Bund auf die Länder. Sobald die notwendigen Änderungen im Grundgesetz (Streichung des Art. 74a GG, Ergänzung des Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 GG) vollzogen sind, ist jedes einzelne Land für Laufbahn, Besoldung und Versorgung seiner Beamten selbst verantwortlich.

Diese Föderalisierung des Beamtenrechtes lehnt die GdP entschieden ab, da sich die 1971 eingeführte bundeseinheitliche Besoldung ebenso bewährt hat wie die seit 1976 geltende bundeseinheitliche Versorgung. Die vorgesehene Neuregelung wird zu einem Wettbewerbsföderalismus führen, Beamte und Versorgungsempfänger werden benachteiligt und den zahlreichen negativen Folgen dieser Kleinstaatelei ausgesetzt. Darüber hinaus werden zusätzliche Strukturen in den Ländern notwendig, die bisher nur auf Bundesebene vorgehalten werden mussten, die Bürokratie wird ausgebaut werden müssen und der Steuerzahler unnötig belastet.

### Öffentlicher Dienst

Den öffentlichen Dienst wollen die Koalitionspartner modernisieren, um „effizient Verwaltungsdienstleistungen erbringen zu können“: Das Dienstrecht soll leistungsbezogen, der Personaleinsatz flexibilisiert werden; im Besoldungsrecht sollen „individuelle Leistung besser gewürdigt“ werden. Bei der Umsetzung dieser Ziele wollen sich Union und SPD ausdrücklich auf das Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ und den vorliegenden Entwurf des Strukturreformgesetzes beziehen. Auch wenn sich die GdP nicht grundsätzlich gegen eine Leistungsbezahlung sperrt, fehlt aus ihrer Sicht jedes überzeugende Modell dafür. Das Eck-

punktepapier jedenfalls zeigt keine Kriterien zur Leistungsbewertung auf, die nachvollziehbar, transparent und objektiv sind. Auch der vorliegende Entwurf eines Strukturreformgesetzes ist nach Auffassung der GdP eher ein Kürzungsprogramm, das insbesondere diejenigen Bereiche trifft, bei denen Leistungen nicht so einfach messbar sind.

### Umbau der Sozialsysteme

Benachteiligungen für Beamte befürchtet die GdP auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme. Der Koalitionsvertrag sieht dazu insbesondere die Erhöhung des faktischen sowie eine schrittweise, langfristige Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre vor, die 2012 beginnen und für den ersten Jahrgang bis spätestens 2035 abgeschlossen sein soll.

Wenn im gesellschaftlichen Konsens zur Nachhaltigkeit der Rentenversicherung Maßnahmen ergriffen werden, lehnt die GdP eine wirkungsgleiche Übertragung dieser Maßnahmen auf die Beamtenversorgung nicht von vornherein ab. Entscheidend ist, dass es nicht zu einer Mehrbelastung der Versorgungsempfänger kommt, wie dies durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 geschehen ist und vom Bundesverfassungsgericht sogar für verfassungskonform erklärt wurde. Die GdP wird intensiv prüfen, wie das bereits geltende Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz sich im Entwurf eines Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes niederschlägt; das Gleiche gilt für den nun vorgesehenen Nachholfaktor in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zur Finanzierung des Gesundheitswesens haben Union und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart, im Lauf des Jahres 2006

gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, mit der „dauerhaft die Grundlage für ein leistungsfähiges, solidarisches und demografiefestes Gesundheitswesen“ gesichert werden kann. Darüber hinaus wurde bereits vereinbart, die Gebührensätze nach der Gebührenordnung für Ärzte sowie für Zahnärzte auf einem niedrigeren Niveau festzusetzen. Dieses Vorhaben bewertet die GdP ebenso positiv wie die Absicht, für ambulante und wahlärztliche Leistungen in Krankenhäusern eine Behandlungspflicht zu bestimmten Gebührensätzen für Beihilfeberechtigte und Standardtarifversicherte festzulegen. Im Übrigen wird die GdP kritisch begleiten, wie Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen auf das Beihilferecht und die Heilfürsorgebestimmungen übertragen werden.

### Innere Sicherheit

Die GdP begrüßt zahlreiche Vereinbarungen, die Union und SPD für den Bereich der Inneren Sicherheit getroffen haben: Zur Erleichterung der Terrorismusbekämpfung soll u. a. schnellstmöglich eine Antiterrordatei geschaffen und geprüft werden und, ob Änderungen des Strafrechts im Hinblick auf die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen oder Aktivitäten erforderlich sind. Auch bei der Visumerteilung sollen die Sicherheitsbehörden angemessen beteiligt werden; darüber hinaus ist eine Warndatei aller Auslandsvertretungen und Ausländerbehörden mit Abfragebefugnissen der Sicherheitsbehörden geplant.

Zum verstärkten Einsatz biometrischer Verfahren (Pässe, Personalausweise, Visa, Aufenthaltstitel) soll das Pass- und Personalausweisgesetz novelliert werden.

Im Strafgesetzbuch soll die Möglichkeit einer Strafmilderung oder -befreiung für „Kronzeugen“ geschaffen werden.

Die Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung sollen überarbeitet werden, um bestehende Unsicherheiten und Lücken bei der Rechtsanwendung zu beseitigen und den Katalog der Straftaten ergebnisoffen zu überprüfen.

Erwägt wird auch, die DNA-Analyse aus kriminalpolitischen Gründen auszuweiten. Außerdem will die Koalition Strafbareitslücken schließen, so u. a. durch eigene Straftatbestände gegen beharrliche Nachstellung und gegen Zwangsverheiratungen, sowie zur Strafbarkeit von Freiern im Falle von Zwangsprostitution. Eine grundlegende Reform des Sexualstrafrechts soll Wertungswidersprüche und terminologische Unklarheiten beseitigen.

Zu kritisieren ist allerdings, dass der Koalitionsvertrag die weitere Vermengung polizeilicher und militärischer Aufgaben nicht deutlich ablehnt. Auch das Trennungsgebot wird in sofern in Frage gestellt, als verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz abhängig gemacht wird.

Die Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte ab 2007 hält die GdP für beschäftigungspolitisch kontraproduktiv und konjunkturenschädlich. Sie belastet insbesondere die Nichterwerbstätigen (Kinder, Arbeitslose, Rentner), aber auch Beamte und Versorgungsempfänger, da sie nicht von der beabsichtigten Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 6,5 auf 4,5 Prozent profitieren.

weu

## Getroffen

*In der Ausbildung ist es noch relativ einfach: Auf dem Schießstand weiß man, jetzt hat man abzurücken. Draußen, im wirklichen Dienst, zählen die Umstände, exakte Entscheidungen, schnelles Reagieren ...*

*Laut „Statistik zum polizeilichen Schusswaffengebrauch“ machte die Polizei 2004 insgesamt 5.946 Mal von der Schusswaffe Gebrauch. Dies sind 311 Fälle mehr als 2003. Der Anstieg ist auf den vermehrten Schusswaffeneinsatz gegen gefährliche, kranke oder verletzte Tiere zurückzuführen (2004: 5.769/2003: 5.440). Der Schusswaffengebrauch erfolgte 63 Mal gegen Personen (2003: 44), darunter 52 Mal in Notwehr (2003: 27). Dabei wurden neun Straftäter getötet (2003: 3) und 23 verletzt (2003: 23).*

*Diese Zahlen sind nur die Spitze des Eisbergs. Keiner weiß, wie oft Polizisten zur Waffe gegriffen haben, ohne dass sie sie schließlich eingesetzt haben. Aber auch das sind im weitesten Sinne Schusswaffenerlebnisse. Und niemand kann hundertprozentig voraussagen, wie sich die Einzelnen – körperlich unversehrt – nach einem Schusswaffenerlebnis seelisch fühlen und verhalten.*

*Im vergangenen Jahr haben uns Kollegen aus Steinfurt auf den Fall des jungen niederländischen Kollegen Rogier Fledderus aufmerksam gemacht, der zuschauen musste, wie ein Kollege im Dienst starb und der von dem deutschen Täter schließlich selbst getroffen wurde.*

*Rogier Fledderus war trotz seiner schweren Verletzung bereit, mit uns über das Erlebte zu sprechen. Marion Tetzner hat ihn besucht.*

**Der Fall ging als Meldung durch die Presse. Mehr nicht. Rogier, der niederländische Polizist, der im vergangenen Jahr angeschossen wurde, wollte nicht als Reißer für eine Story herhalten, deren Wahrheitsgehalt er nicht prüfen konnte und hat daher keine Interviews gegeben. Umso mehr freut es uns, dass er mit DEUTSCHE POLIZEI als einzigem Medium über diesen Vorfall sprach.**

Wir sind schnell ins Gespräch gekommen. Rogier hat eine freundliche, herzliche, offene und zugewandte Art. Er berichtet ausführlich über das Geschehen – ohne Pathos und Dramatik, er hat sich nichts Ausschmückendes zurecht gelegt – erzählt im Gespräch einfach, wie er es erlebt hat.

**Rogier, hast du Schwierigkeiten, darüber zu reden, was vor rund einem Jahr passiert ist?**

Nein, es ist gut darüber zu reden, um die ganze Sache irgendwie verarbeiten zu können. Ich rede allerdings erstmals mit einer Zeitung. Weil ich immer befürchte, das wird dann zu reißerisch. Ich hab gehört, dir kann ich vertrauen.

**Gut. Wie war das also im September vergangenen Jahres?**

Der Tag begann schön – Donnerstag war's, der 30. September. Die Sonne schien und ich bin mit dem Fahrrad zur Arbeit. Wie immer hat mich meine Freundin Marije mit den Worten verabschiedet: „Sei vorsichtig.“ Und wie immer kam meine Antwort: „Natürlich“.

Ich hatte eine Menge Schreibarbeit an diesem Tag. Aber ich

war eher fertig als gedacht und froh, mit einem Kollegen Streife fahren zu können.

Über Funk wurde plötzlich dringend Unterstützung für Kollegen angefordert, die im Bahnhofsbereich Fahndungs- und Kontrollaktionen durchführten. Ein Kollege sei niedergeschossen. Ich saß am Steuer, gab Gas und dachte die ganze Zeit an den Kollegen. Wir waren als erstes Unterstützungsauto vor Ort – in einer Fußgängerzone in der Nähe des Bahnhofs, so gegen 15 Uhr. Dort lag der Kollege niedergeschossen auf der Straße, zwei Kollegen kümmerte sich um ihn. Es sah sehr ernst aus.

Während die Ambulanz kam, sprach mich ein Zeuge an: „Bist du bewaffnet? Bist du im Dienst? Ich würde den Täter erkennen.“

Mit einem Zivilfahnder und dem Zeugen im Auto bin ich dann sofort losgefahren, hab Beschreibung und Fluchtweg per Funk weitergegeben. Wir fuhren eher nach Instinkt und wussten, es wäre ein großer Zufall, wenn wir den Täter bekommen, wollten aber alles versuchen.

**Hattet ihr Erfolg?**

Ja, nach einigen Minuten sah der Zeuge einen Mann von hinten, dessen Kleidung mit der

des Täters übereinstimmte. In dem Moment schaute sich der Mann um, sah uns, zog die Waffe und schoss. Unsere Schutzwesten lagen im Kofferraum, wir hatten keine Zeit sie anzuziehen.

Wir gingen in Deckung. Der Täter rannte in Richtung einer Grundschule mit Schulhof und Spielplatz. Das gab mein Kollege per Funk durch.

Ich war etwa 50 m hinter dem Täter – entschlossen, ihn zu verfolgen – mit Hand an der Waffe. Er war inzwischen hinter einem Baum in Schieß-Position gegangen. Das Fatale: Die Schule war gerade aus, da liefen Kinder umher, die die Dramatik der Situation gar nicht mitbekommen hatten. Als mich einige Kinder als Polizisten erkannten und anlaufen kamen, musste ich sie ziemlich barsch anfahren: Lauft, schnell weg!

**Kannst du dich erinnern, was du zu diesem Zeitpunkt empfunden hast?**

Über diese kurze Zeitspanne hab ich viel nachgedacht. Erst einmal hatte ich panische Angst um die Kinder. Als die in Sicherheit waren, hatte ich eine gute Möglichkeit, den Täter zu treffen. Ich bin heute ehrlich erleichtert, dass ich da nicht auf ihn gezielt, sondern nur angekündigt habe: „Stopp, Polizei – wir schießen“. Allerdings wusste ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass der angeschossene Kollege inzwischen tot war. Ich kann nicht hundertprozentig garantieren, dass ich mit diesem Wissen genauso gehandelt hätte.

**Du konntest dich dann aus der Schusslinie nehmen?**

Ja, als die Kinder weg waren, konnte ich mich hinter einem Container verbarrikadieren. Der Täter schoss schätzungsweise sechs bis acht Mal auf mich, ich habe drei Mal zurück geschossen.

**Du bist trotz guter Deckung getroffen worden. Wie kam es dazu?**

Neben mir ging plötzlich in diesem Container eine Tür auf und ein etwa 16-jähriges Mädchen war dabei, direkt ins Schussfeld zu laufen ...



## Kontakte zwischen Nachbar-kreisgruppen – grenzüberschreitend

Seit 1997 bestehen Kontakte zwischen der niederländischen GdP-Partnerorganisation Nederlandse Politiebond (NPb) Afdeling Twente und der GdP-Kreisgruppe Steinfurt. So fanden gemeinsame, oft mehrtägige Bildungsveranstaltungen auf Kreisgruppenebene statt – auch, um den regelmäßigen „Blick über den Zaun“ zu haben. Inhaltlich wurden und werden die unterschiedlichen Strukturen und Arbeitsweisen gewerkschaftlicher, aber auch dienstlicher Arbeit vorgestellt und intensiv besprochen.

Die Feuerwerkskatastrophe von Enschede am 13. Mai 2000 war Anlass, auch gewerkschaftlich noch intensiver in Kontakt miteinander zu treten. Gespräche mit den eingesetzten Kollegen, Fragen nach Unterstützungsmöglichkeiten, Teilnahme an den Vorstandssitzungen des NPb-Twente und der Besuch des verwüsteten Enschede Stadtteils am Tag 2 des Einsatzes vertieften die Zusammenarbeit.

Aufgrund der engen Kooperation hat die niederländische Seite übrigens einen bislang noch nicht vorhandenen eigenen Jugendverband, eine Art „JUNGE GRUPPE“ im NPb gegründet.

Wie eng sich die Zusammenarbeit in der Praxis gestaltet, zeigte sich auch im August 2003, als Kollegen des Twenter NPb in Uniform an einer Protest-

versammlung der GdP-Kreisgruppe Steinfurt gegen die massiven Sparmassnahmen der Landesregierung in Rheine teilnahmen.

Und auf Seniorenebene werden die Kontakte ebenfalls gepflegt. Der gegenseitige Besuch von Veranstaltungen gehört zum Jahresprogramm.

In diese Auflistung reihen sich dann die Schüsse auf die Polizisten vom 30. September 2004 in Enschede/NL ein.

Der aus Rheine im Kreis Steinfurt stammende Täter war durch eine Vielzahl von Gewaltstraftaten und insgesamt 17 abgessenen Jahren Freiheitsstrafe vielen Kollegen bekannt.

Keine Frage, dass auch hier wieder die GdP-Kreisgruppe

am Ball war und ist: Bei einem ersten Besuch kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres übergab Klaus Büscher, Vors. der GdP-Kreisgruppe Steinfurt, als Präsent eine Einladung zu einem einwöchigen Ferienhaus-Aufenthalt für den angeschossenen Kollegen und seine Lebensgefährtin. In Tecklenburg am Teutoburger Wald, im Ferienhaus des GdP-Kollegen

Dieter Stupp, kann sich Rogier Fledderus hoffentlich gut von den erlittenen Verletzungen erholen.

**Günter Holländer**



**Rogier Fledderus freute sich über das Geschenk der Kreisgruppe Steinfurt, das ihm deren Vorsitzender Klaus Büscher übergab: einen einwöchigen Ferienhaus-Aufenthalt im Teutoburger Wald.**

**Foto: Holländer**

Ich weiß noch, dass ich dachte: Scheisse, was tut sie da??? (Später hab ich erfahren, sie suchte ihren kleinen Bruder).

Es war wie ein Reflex: Ich bin nach vorn gehechtet und hab das Mädchen in Deckung gerissen. In diesem Moment habe ich wie in Zeitlupe den Feuerstoß aus der Mündung der Pistole meines Gegenübers wahrgenommen und ich sah die Patrone auf mich zukommen – wirklich! Ich versuchte auszuweichen, fühlte aber schon einen heftigen Schlag, aber keinen großen Schmerz.

Dachte ja, bin getroffen, aber ist nicht so schlimm.

Ich spürte, dass ich auf dem Boden lag, fand meine Pistole neben mir. Den Täter sah ich nicht mehr, hörte aber Schüsse. Und dachte immer: Du musst aufstehen, aufstehen und den Kollegen helfen.

Eine Frau saß neben mir, drückte mir gegen den Kopf. Das tat weh. Und dann plötzlich die bekannte Stimme eines Kollegen: „Bleib sitzen“.

### Wie hast du dich in diesem Moment gefühlt?

Ich hatte keinen Schmerz, nur Durst. Meine letzten verständlichen Worte sollen gewesen sein: „Gib mir eine Dose Cola, dann geht es weiter.“

Die Ambulanz kam sehr schnell, ich hielt das alles für etwas übertrieben. Aber als ich die Gespräche im Rettungswagen hörte, wurde mir klar, dass es offenbar doch schlimmer war, als ich dachte. Ja, da hatte ich schon ein ängstliches Gefühl. Aber gleichzeitig dachte ich: „Wenn am nächsten Tag Besprechung ist, hab ich einen guten Beitrag beizusteuern.“

Ich war eben doch ganz schön benebelt.

### Du hast dann lange Zeit im Krankenhaus gelegen

Ja, zwei Wochen wurde ich in ein künstliches Koma versenkt. Das Projektil ist durch die rechte Schläfe in den Hinterkopf. Dadurch ist im Kopf ein Druck entstanden. Man hat mir ein



**Unter großer Anteilnahme auch vieler deutscher Polizeibeamter wurde der niederländische Polizeibeamte Jan Wind aus Twente, der Ende September in Enschede von einem deutschen Straftäter niedergeschossen wurde, am 6. Oktober 2004 beigesetzt. Er hatte eine Frau und eine 16-jährige Tochter hinterlassen.**

**Foto: Holländer**

Stück vom Schädel herausoperiert, damit die Kugel Platz hat, es ist zu riskant, sie zu entfernen. Die Kugel sitze gut, sagte man mir. Sie wurde mit einem besonderen Gewebe eingekapselt. Aber ich musste danach so einen unsäglichen Helm zum Schutz tragen. Das war extrem belastend.

Es wurde dann eine weitere OP nötig. Wieder künstliches Koma. Diesmal habe ich meine Familie aber wahrgenommen. Und ich hatte so verrückte Träume – z. B. von Fledermäusen, die mich ständig umschwirrten (wie sich später herausstellte, waren das die Geräusche der zahlreichen Geräte und Instrumente, an die ich angeschlossen war). In meinem Tran habe ich die Wirklichkeit verklärt und gefragt, was die Biester im Krankenhaus zu suchen hätten und ob das Personal nicht besser aufpassen könne. Damit hatte ich meinen Spitznamen weg: Fledermausmann.

Ich habe auch mitbekommen, dass Kollegen da waren, zu mir



## SCHUSSWAFFENERLEBNIS

gesprachen haben. Da hab ich mich plötzlich sicher gefühlt, obwohl ich nicht voll bei Bewusstsein war und bis dahin noch gar nicht wusste, was wirklich alles passiert war.

**Als du wieder klar denken konntest, was ist in dir vorgegangen?**

Ben. Nichts dergleichen ist eingetreten. Dafür bin ich unendlich dankbar.

Es folgte eine Zeit der absoluten Ruhe – Einzelzimmer, kein Fernsehen, kein Radio, kein Kontakt, kein Besuch. Ich wusste nicht, welches Datum, wie spät es war – all das war sehr schwierig. Zu diesem Zeitpunkt hatte man

schirmt. Es folgten psychologische Tests und Betreuung. Bestimmte Bewegungen und Fertigkeiten, die ich früher automatisch ausgeführt habe, musste ich wieder antrainieren.

Nervig war der Helm, den ich tragen musste. Erst nach der letzten Operation, der dritten, bin ich den losgeworden, als mir ein Stück Kunststoff für den herausoperierten Schädelteil eingesetzt wurde.

**Wie kommst du mit deiner Situation heute zurecht, arbeitest du wieder?**

Meine Kondition hat sich durch Sport schnell wieder verbessert. Dennoch ging mir alles zu langsam. Es ist schwierig zu akzeptieren, dass nicht mehr alles so unkompliziert wie früher ist. Ich muss zum Beispiel die

Ich habe viel Energie von anderen bekommen. Riesig gefreut habe ich mich über die ersten Blumen in der Klinik: Die waren von dem 16-jährigen Mädchen, das ich in Sicherheit bringen konnte.

Kraft gegeben hat mir, wenn Kollegen meinten, ich hatte klug gehandelt, oder wenn sich andere gefreut haben, dass es mir besser geht. Ich habe unheimlich viel Post und E-Mails bekommen – sogar aus Australien, Amerika, Kanada und von Otto Schily. So viel Anteilnahme von Kolleginnen und Kollegen von hier und aus anderen Ländern – du glaubst nicht, wie viel Kraft das geben kann. Das schaffe ich gar nicht zu beantworten, habe aber wirklich alles gelesen.

Ich denke manchmal: Eigentlich hab ich jetzt so ziemlich al-

„Allen, die mir mit Post, E-Mails oder Anrufen gezeigt haben, dass sie an mich denken und gute Besserung wünschten, möchte ich auch auf diesem Wege ganz herzlich danken. Die große Anteilnahme hat mir Kraft gegeben, mit meiner Verletzung besser klar zu kommen.“

**Rogier Fledderus**

Führerscheinprüfung noch mal machen, bevor ich wieder Auto fahren darf.

Es ist auch schwer zu akzeptieren, dass man so ein Sonderfall ist. Wenn ich mit dem Hund unterwegs bis, werde ich oft angesprochen, wie es denn gehe ... Das ist alles sehr freundlich gemeint, aber auf Dauer auch anstrengend.

Zurzeit arbeite ich noch im Innendienst an drei Tagen in der Woche jeweils sechs Stunden

**Hast du Probleme, dein Erlebnis zu verarbeiten?**

Zu Anfang ja. Ich war lange allein. Dann konnte ich so langsam drüber reden. Ich wollte alles wissen, wie es passiert ist, alle Zusammenhänge, den Ablauf, jedes Detail.

Ich habe auch den Schauplatz besucht. Habe mit der Frau gesprochen, die mir den Kopf gehalten hat – sie war übrigens auch krank geworden, weil sie die Situation so mitgenommen hat.

les hinter mir, was soll noch Schlimmeres passieren. Ich habe großes Glück gehabt. Bin wieder dienstfähig.

**Kürzlich war die Gerichtsverhandlung. Der Täter wurde verurteilt. Du warst dabei. Was hast du gefühlt?**

Es war schon schwierig. Ich habe versucht, ihm in die Augen zu schauen. Er ist meinem Blick ausgewichen.

Der Prozess wirkte auf mich teilweise wie ein schlechter Film: Der Angeklagte war so dumm, er gab so großmäulige Antworten, und den Anwalt empfand ich auch als mies. Ich war wütend.

**Konntest du über das Geschehen bisher reden?**

Ja, über den Ablauf. Aber noch nie hat mich jemand so intensiv nach Gefühlen gefragt, so ausführlich, wie wir miteinander reden – das tut gut.

**Das Gespräch führte Marion Tetzner**



**Rogier mit Freundin Marije und Hund. Seit dem Vorfall ist die Freundin ängstlicher geworden: „Es wurde uns vor Augen geführt, wie gefährlich der Dienst sein kann“**  
Foto: tetz

Nach zwei Wochen bin ich in die Realität zurückgekehrt. Ärzte hatten befürchtet, dass meine linke Seite gelähmt sein könnte. Auch charakterliche Veränderungen waren nicht auszuschließen.

mir immer noch nicht gesagt, dass Jan Wind tot war.

Erst in der darauf folgenden Reha durfte ich erste Kontakte haben – höchstens zwei Personen am Tag. Ich war ziemlich abge-

**Für Kolleginnen und Kollegen mit Schusswaffenerlebnissen gibt es bestimmt mehrere gute Angebote – eines ist sicher die Selbsthilfeseinare von Reinhold Bock. Im Folgenden berichten zwei Teilnehmer dieser Seminare über ihre Erlebnisse im Zusammenhang mit einem Schusswaffengebrauch und wie ihnen die Seminare beim Verarbeiten des Erlebten helfen.**

## **Es ist normal, wenn du jetzt anders „tickst“.**

Mein Schusswaffengebrauch liegt inzwischen mehr als fünf Jahre zurück und ich habe immer noch mit meinem Erlebten zu tun. Meine Erinnerungen holen mich unangekündigt ein, am Tag und in der Nacht.

Im Jahr 2001 entdeckte ich in meinem Gewerkschaftsjournal DEUTSCHE POLIZEI einen Artikel über die Seminare bei

### **Kongress Eigensicherung & Schusswaffeneinsatz bei der Polizei**

Die Fachzeitschrift „Polizei & Wissenschaft“ wird am 6. und 7. März 2006 in Frankfurt am Main einen Kongress zum Thema „Eigensicherung & Schusswaffeneinsatz bei der Polizei“ durchführen. In Referaten und Workshops sollen modernste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Polizei einem interessierten Fachpublikum vorgestellt und diskutiert werden.

Mehr dazu unter:  
[www.polizeiwissenschaft-online.de](http://www.polizeiwissenschaft-online.de)

Reinhold Bock, also rief ich ihn an und wurde eingeladen.

Auf der Fahrt dorthin hab ich mir die ganze Zeit überlegt: „Junge, was willst Du eigentlich da?“

Seit meinem Schusswaffengebrauch erfahre ich intensive Betreuung durch den katholischen Polizeiseelsorger in Sachsen, Herrn Pfarrer Bernhard Wenzel. Er betreut mich immer, wenn ich es nötig habe, also wenn es mir beschissen geht – er ist für

mich und meine Familie da. Von ihm habe ich auch das Buch „Wenn Polizisten töten und andere posttraumatische Belastungen“ bekommen und gelesen und ahnte daher, was mich erwartet – eine Gesprächsrunde mit Kollegen aus dem ganzen Bundesgebiet mit „Extrem-erfahrungen“ im Polizeidienst und deren psychische Folgen. Doch die Seminare von Reinhold Bock sind keine Fortbildungsveranstaltung im herkömmlichen Sinne – da kommt kein Referent und hält Vorträge mit Flip-Chart, Over-head-Schreiber oder Beamer. Da treffen sich KollegInnen von Polizei, Zoll, Bundespolizei und Schweizer Kantonspolizei, die eines eint:

Sie haben erleben und erfahren müssen, dass sie vom Täter angeschossen wurden, vom Täter über- bzw. angefahren wurden, vom „Mob“ beim Demoeinsatz schwer verprügelt und misshandelt wurden, ins „friendly fire“ eigener Kollegen bei der Verfolgungsfahrt gerieten und nicht zuletzt mit Amoklagen mit Toten und Schwerverletzten konfrontiert waren, dass sie sich selbst angegriffen oder bedroht gefühlt von der Schusswaffe Gebrauch machten und verletzten bzw. töteten.

Wir berichten von unseren Erlebnissen, unseren Albträumen, unseren Flashbacks, unseren Schuldgefühlen, von unseren gelegentlich schmerzenden Erfahrungen im Umgang der anderen „Noch-Nichtbetroffenen“ mit uns. Insbesondere sprechen wir viel darüber, wie wir uns innerhalb der Institution „Polizei“

erneut zurechtfinden müssen, darüber, dass Einige von uns gravierende Veränderungen im Kollegen- und Familienkreis ertragen müssen, die ohne darüber sprechen zu können einfach nicht zu ertragen sind.

### **Darf der noch Dienst verrichten?**

Wie soll ich in meiner Dienststelle darüber sprechen, dass ich nachts nicht einschlafen kann,

weil mich die Bilder im Kopf nicht loslassen? Wie soll ich meinem Vorgesetzten erklären, dass ich einen Einsatz mit ähnlichen Einsatzbedingungen derzeit nicht absolvieren kann, weil ich panische Angst vor einer Wiederholung habe?

Natürlich gibt es Polizeipsychologen und Polizeiärzte in den einzelnen Polizeien, aber was macht der verbeamtete Polizeiarzt mit den Erkenntnissen aus den Gesprächen? Muss er nicht dem Dienstvorgesetzten berich-

## SCHUSSWAFFENERLEBNIS

ten, dass der/die Betroffene ein psychisches Problem hat? Sind die Konsequenzen nicht zu allererst die Frage: Darf der/die noch Dienst verrichten oder geht von ihnen eine Gefährdung aus. Ist der/die „Betroffene“ am Ende „nicht mehr normal“?

Dem Hausarzt kann ich von meiner „Scheißangst“ erzählen, aber versteht der die Polizei als Institution? Nicht jeder kann oder möchte von einem Pfarrer betreut werden – was weiß denn der Pfarrer wie die „Kameraden“ bei der Polizei funktionieren.

Bei unseren Seminaren weiß ich: Hier bin ich Gleicher unter Gleichen, hier weiß – oder jedenfalls ahnt jeder – was der/die andere für Probleme hat und was viel wichtiger ist: Ich kann

von anderen Betroffenen mitnehmen, wie ich mit meinen belastenden Erinnerungen, mit meinen Träumen, mit meiner Angst umzugehen lernen kann.

Von unseren Seminaren kann jeder, der es wissen und hören will, mitnehmen: Leute ich hab zwar Probleme, aber ich bin normal: Es ist normal nach unseren Erfahrungen Probleme mit Gedächtnis, Herz und Nerven zu bekommen. Es ist normal, wenn du jetzt anders „tickst“.

### **Die „Firma“ hat uns zu dem gemacht, was wir sind**

Als ich mich 2000 das erste Mal um das Seminar kümmerte

fühlte ich in meiner Dienststelle vor und es kam zu folgendem Dialog:

Sachbearbeiter A./F.-Bildung: „Stehen diese Seminare im Fortbildungskatalog der sächsischen Polizei? Meine Antwort: „Nein. Hab' ich nicht gefunden.“ Sachbearbeiter A./F.-Bildung: „Dann können Sie auch nicht fahren.“

Aber – verdammt, es ist Sache unserer „Firma“, sich um uns zu kümmern. Die Firma hat uns zu dem gemacht, was wir sind oder besser: Wir waren gesund, als die Polizei uns einstellte – jetzt kann es nicht mein privates Problem sein, wieder gesund zu werden.

Viele von uns sind auch er-

schüttert von der häufig anzutreffenden Teilnahms- und Verständnislosigkeit des „Führungspersonals“. – Mit anderen Worten: Wir „Indianer“ kennen inzwischen unseren Schmerz!

Das von Pfarrerin und Therapeuten „begleitete“ Sprechen in der Gruppe Gleichgesinnter über unsere belastenden Erfahrungen im Polizeidienst nimmt uns einen Teil unserer Bürde, nimmt uns ein Stück Last von der Seele ... Nichts, aber auch gar nichts kann die Folgen des jeweiligen Einsatzes ungeschehen machen – aber wir können lernen unser Schicksal zu ertragen.

### **Erster Schusswaffengebrauch wegen Softair-Pistole**

Erstmals hat kürzlich in Moers (Niederrhein) eine Polizeibeamtin auf einen Mann geschossen, der mit einer Softair-Pistole auf sie gezielt hatte. Damit haben sich die Befürchtungen der GdP leider bewahrheitet, dass ein Polizist oder eine Polizistin die täuschend echt wirkenden Softair-Waffen für eine reale Lebensbedrohung halten und schießen könnte.

In diesem Fall hatte die 24-jährige Polizistin sogar erst noch zwei Warnschüsse abgegeben, ehe sie gezielt auf den Mann schoss und ihn verletzte; dieser hatte zuvor auf einem Schulhof seine von ihm getrennt lebende Ehefrau bedroht und dann die „Waffe“ auf die Polizistin gerichtet.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg mahnte wiederholt eine gesetzliche Regelung gegen das Führen solcher rechtlich als Spielzeug eingestuften Softair-Waffen in der Öffentlichkeit an: „Müssen wir statt eines Verletzten erst einen Toten haben, ehe sich der Gesetzgeber bewegt?“

## **Aus der Riege der „harten Polizeikerle“ nicht ausscheren**

Mein Mann hatte sein Schusswaffenerlebnis vor vier Jahren: Nach einer Gebäude-durchsuchung wegen des Verdachts auf Einbruch löste sich auf dem Rückweg zu den Streifenwagen aus einer Maschinenpistole ein Schuss und traf einen Kollegen. Mein Mann kam unmittelbar nach dem Geschehen zum Unglücksort. Der getroffene Kollege lag schwer verletzt am Boden. Mein Mann lotste den Notarztwagen zum Ort des Geschehens und half dem Notarzt mit den üblichen Handgriffen, die einem Laien übertragen werden. Leider verstarb der Kollege noch an der Unglücksstelle an inneren Blutungen ...

Gegen 11.30 Uhr am nächsten Tag kam mein Mann endlich nach Hause – weinend und alleine. Niemand war bei ihm. Ich war nicht benachrichtigt worden, um ihn abzuholen oder einfach nur vorbeizutreten zu sein.

Mein Mann hielt sich zu diesem Zeitpunkt trotz der Tränen für stark und selbständig handlungsfähig. Aber es war wohl mehr ein „Abhandeln von bekannten Abläufen unter Schock“.

Am Abend nach dem Staatsbe-gräbnis des getöteten Kollegen machte mein Mann zum ersten

Mal wieder Nachtdienst. Für uns war es wichtig, dass wir uns sehr bald der nun anders definierten Herausforderung „Nachtdienst“ gestellt haben. Aber ich bin in dieser Nacht die ganze Zeit durchs Haus gelaufen, bis er wieder daheim war.

### **Psychologische Hilfe abgelehnt**

In der ersten Zeit nach dem Geschehen hat mein Mann von sich aus oft mit mir über die Angelegenheit gesprochen, er suchte auch das Gespräch mit den anderen beteiligten Kollegen, die aber offenbar weniger das Bedürfnis hatten, intensiver darüber zu reden.

Allen Beteiligten wurde vom Dienststellenleiter psychologische Betreuung angeboten. Aber weil keiner der Betroffenen hierfür eine Notwendigkeit sah, wollte auch mein Mann nicht aus der „Riege der harten Polizeikerle“ ausscheren!

### **Unter Gleichgesinnten**

Im Jahre 2002 erfuhr ich von einem Seminar für KollegInnen

mit Schusswaffenerlebnissen. Zuerst wollte mein Mann nicht so recht, aber nachdem ich den Kontakt zu Reinhold Bock hergestellt hatte, besuchte er dieses Seminar und kam begeistert zurück: Er traf dort endlich KollegInnen, die sich dazu bekannten, nicht alles einfach wegstecken zu können!

Ein Jahr später bot Herr Bock das erste Partnerseminar an, in diesem Jahr das zweite. Wir haben gleich zugesagt. In beiden Seminaren berichteten die betroffenen PolizeibeamtInnen über ihre speziellen Schusswaffenerlebnisse und darüber, wie sie den weiteren Dienst und den Alltag beeinflussten und dies noch tun. Die PartnerInnen ergänzten, wie sie das alles erlebt hatten und wie der Alltag danach aus ihrer Sicht aussah. Man tauschte sich in vertrauensvoller Runde offen aus und es wurde vieles klar und deutlich ausgesprochen und dargelegt – was im Alltag aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht immer so stattgefunden hat und stattfindet. Man war unter Gleichgesinnten, musste vieles aus dem Polizeialltag nicht näher erklären und sah, dass gute PolizeibeamtInnen auch Gefühle haben dürfen und niemand alles wegstecken kann ...

Interessant war, welche Entwicklung es seit dem ersten Seminar bei verschiedenen Paaren

schon gab. Die Ereignisse und ihre Folgen bekamen andere Wertungen; manche Dinge wurden inzwischen verarbeitet, wie man es innerhalb der Polizeischulung gelernt hat, andere bekamen einen neuen Stellenwert; mit manchen Folgen hat man sich arrangiert, manche werden einfach akzeptiert. Aber deutlich wurde, dass solche gewichtigen Ereignisse die Betroffenen ein Leben lang begleiten – und zwar die ganze Familie: Manche PolizeibeamtInnen können keinen Dienst mit der Waffe mehr machen, manche in bestimmten Bezirken ihren Dienst nicht mehr ausüben. Manche haben nach Jahren immer noch Albträume, andere mussten ganz schnell nach dem Ereignis wieder Nachtdienst machen bzw. mit einem Partner auf Streife gehen,

damit sich keine unüberwindbare Wand aufbaut. Manche Kinder leiden darunter, dass ihre Familie durch die Medien gezerrt wurde, oder wenn sie von Schulkameras auf die Ereignisse angesprochen werden. Andere haben Probleme, wenn Papa im Nachtdienst ist und Mama an diesem Abend auch einen Termin hat – wobei ein gemeinsamer Termin der Eltern kein Problem darstellt.

### Hilfe geben und annehmen

Zur Sprache kam auch, dass viele Vorgesetzte oft vor lauter Vorschriften, Schreibearbeit, Stellungnahmen, Presseberichten oder aufgrund unzureichender Ausbildung gar nicht erkennen, wenn PolizeibeamtInnen in seelischer

Not sind. Und die KollegInnen wissen meist auch nicht so recht, wie sie mit solch einer Angelegenheit und den Betroffenen umgehen sollen. Eine Rolle spielt auch, dass Polizeibeamte in dieser immer noch männlich geprägten Welt keine „weichen“ Gefühle und Emotionen zeigen wollen und Hilfe abweisen.

In den Seminaren von Reinhold Bock – egal ob Einzelseminar oder Paarseminar – fühlt man sich mit seiner Problematik einfach gut aufgehoben, alles hat einen zeitlichen und räumlichen Platz und seine Berechtigung. Es entstanden und entstehen Freundschaften und diese werden auf ganz unterschiedliche Arten gepflegt.

**Ingrid Häusler,  
Mühlhausen/Täle**

## Selbsthilfe-Seminare



Seminar 2005: Und immer wieder Gespräche ...

Fotos: Bock



Unter Gleichgesinnten wird Belastendes weniger drückend.

Die Betroffenenseminare von Reinhold Bock waren und sind etlichen Kolleginnen und Kollegen eine große Hilfe. Viele von ihnen kommen jedes Jahr wieder.

Bereits zum zweitenmal (2003 und 2005) hat er Seminare mit den Partnern der unmittelbar von einem Schusswaffenergebnis Betroffenen angeboten.

Der Erfolg seiner Seminare liegt wahrscheinlich auch darin begründet, dass er genauestens weiß, wovon die Rede ist – er ist selbst Betroffener.

### Hier die nächsten Seminare:

7. - 9.4.06 (Wochenende 14. KW)  
„Mein Erlebnis“  
„Meine Gedanken bewegen sich nur noch im Kreis“  
„Gibt es auch einen Ausweg?“

21. - 23.7.06 (Wochenende 29. KW) Partnerseminar „Ich will zu Dir halten in guten und in schlechten Tagen“

22. - 24.9.06 (Wochenende 38. KW)  
„Es ist doch schon so lange her!“  
„Einmal muss doch Schluss sein!“  
„Geht das überhaupt?“

Kontakt: Reinhold Bock  
Tel.: 06021/85 74 54,  
06021/85 74 30 (Wache) oder  
06021/470130 (privat)  
E-Mail: reinholdbock@t-online.de

# Mehr Gestaltungsrechte für den öffentlichen Dienst

Eingeschränkte Mitgestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst widersprechen einem modernen Staatsverständnis und sind im europäischen Vergleich nicht mehr zeitgemäß. Dieser Auffassung ist der DGB. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums mit einem modernen Staatsverständnis in Einklang gebracht werden könnten, sagte Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock beim Schöneberger Forum des DGB in Berlin. Die hergebrachten Grundsätze in Artikel 33, Absatz 5 Grundgesetz sprechen nach herrschender Meinung dagegen, dass das Einkommen der Beamtinnen und Beamten in Tarifverträgen ausgehandelt werden kann und ihnen somit auch das Recht auf Arbeitskampf zusteht.

Der Jura-Professor Matthias Pechstein sieht keine Perspekti-

**Fehlendes Streikrecht und eingeschränkte Beteiligungsrechte sind aus Sicht des DGB nicht mehr mit einem modernen Berufsbeamtentum vereinbar. Juristinnen und Juristen vertreten dazu unterschiedliche Meinungen, wie sich beim 8. Schöneberger Forum des DGB am 9. und 10. November in Berlin zeigte. Während manche ein Streikverbot durch die Verfassung begründet sehen, schließen andere Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Beamtenrechts nicht aus und schlagen vor, das Thema vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Bei der Veranstaltung des DGB im Schöneberger Rathaus diskutierten WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, GewerkschafterInnen und öffentlich Beschäftigte über das Thema „Gestaltungsrechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. – Tarifautonomie – Beteiligungsrechte – Mitbestimmung“.**

gehen“, vermutete er. Solange der Artikel 33, Absatz 5 bestehe, hätten Beamtinnen und Beamte kein Streikrecht und es gebe eine Grenze für die Mitwirkung an Beamtenetzen. Die Gestaltung des Beamtenrechts habe durch gesetzliche Vorgaben zu

fertigen. „Beamte haben von vornherein unbedürftig zu sein“, erklärte Pechstein. „Der Dienstherr hat sie sorglos zu stellen. Für all das, was mit dem Streikrecht erkämpft werden kann, muss der Beamte nicht kämpfen müssen.“ Nach Meinung der Marburger

recht für Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte einzuführen. Heute schon vorstellbar sei, Beamtinnen und Beamte nur noch in hoheitlichen Bereichen wie Justiz, Finanzverwaltung oder Polizei einzusetzen. Böhm verwies dazu auf Vorschläge der nordrhein-westfälischen Kommission zur Zukunft des öffentlichen Dienstes (Bull-Kommission), der sie angehörte. Die Kommission empfahl gesetzliche Regelungen des Status und eine tarifliche Gestaltung der materiellen Beschäftigungsbedingungen aller MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes, einschließlich des Rechts auf Arbeitskampf.

Von einer „Legende vom Streikverbot“ sprach GEW-Hauptvorstandsmitglied Ilse Schaad. Ein gesetzliches oder verfassungsrechtliches Streikverbot existiere nicht, stellte sie klar. Es werde jedoch so getan und deutsches Recht ignoriere europäische Richtlinien, die auch Beamtinnen und Beamten Kollektivrechte und das Recht auf Arbeitskampf zubilligten. GEW und DGB hatten daher mehrfach Beschwerden bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf eingelegt. Der Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der ILO habe 1996 festgestellt, dass Deutschland gegen ratifizierte ILO-Abkommen verstoße.



Vom, 2. v. l. GdP-Beamtenrechtsexperte Hans Adams: Wie könnten die Gewerkschaften es aber bewerkstelligen, dass der EuGH den deutschen Beamtinnen und Beamten ein Streikrecht zuspreche. Foto: Schlenzka

ve für eine Veränderung der verfassungsrechtlichen Grundsätze. Ein modernes Staatsverständnis sei kein Grund für eine Verfassungsänderung, sagte der Rechtswissenschaftler der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. „Darüber wird das Verfassungsgericht hinweg-

geschehen. Gerechtfertigt sei das wechselseitige Verhältnis von Rechten und Pflichten der Beamtinnen und Beamten durch ihre Sonderstellung. Die besondere hoheitliche Funktion der Beamtinnen und Beamten reiche hingegen nicht aus, um die fehlende Tarifautonomie zu recht-

Rechtsprofessorin Monika Böhm ist zwar nicht zu erwarten, dass sich die verfassungsrechtliche Ansicht zum Streikrecht ändern wird. Sie sieht jedoch Raum dafür, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums weiterzuentwickeln und ein einheitliches öffentliches Dienst-

## Weg zum Europäischen Gerichtshof empfohlen

„Ein Land, das kein Streikrecht hat, wird es im europäischen Kontext schwer haben“, prophezeite der Berliner Staatsrechtler Ulrich Battis. Der

Professor empfahl den Gewerkschaften, das Thema „über Bande zu spielen“ und vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu ziehen. Diese Möglichkeit habe die GdP auch schon erwogen, brachte Hans-Joachim

Adams vom GdP-Bundesvorstand ein. Wie könnten die Gewerkschaften es aber bewerkstelligen, dass der EuGH den deutschen Beamtinnen und Beamten ein Streikrecht zuspreche, wollte er wissen. Man müsse ein Ge-

## **DGB-Chef sieht „hochbrisante Entwicklung“ im öffentlichen Dienst – Sommer schließt Streik nicht aus**

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat Beamtinnen und Beamte zur Solidarität mit anderen Beschäftigtengruppen aufgerufen und Arbeitskampf nicht ausgeschlossen. „Wir sind nicht mehr bereit, tatenlos zu schweigen“, sagte er beim Schöneberger Forum des DGB in Berlin.

legen hat das Gehirn mittlerweile die Funktion der Galle übernommen“, beschrieb er die Gefühlslage. Ein moderner öffentlicher Dienst könne nicht mit Gehorsam gestaltet und die Mitbestimmung abgebaut werden. Beamtinnen und Beamte seien gut beraten, „die Solidarität mit anderen zu suchen, ohne ihr Eigenengagement zu lassen“.

Ein Blick zu den europäischen Nachbarn zeige, dass der öffentliche Dienst nicht schlechter werde, wenn Mitbestimmung eingeführt werde. Je ernster man die Menschen nehme, desto motivierter arbeiteten sie.



**DGB-Chef Michael Sommer: Je ernster man die Menschen nimmt, desto motivierter arbeiten sie.**

Sommer beschrieb eine „hochbrisante Entwicklung“ im öffentlichen Dienst. Die Pläne der großen Koalition wertete er als Versuch, „die Leute über Kleinstaaterei noch ärmer zu machen“. Vorgesehen ist, den Ländern die Rechte für Besoldung und Versorgung zu übertragen. Wenn nun auch der Bund eine Arbeitszeiterhöhung von 40 auf 41 Wochenstunden und die Kürzung des Weihnachtsgeldes plane, sei das „der endgültige Dammbbruch“, fürchtete Sommer.

Der Service im öffentlichen Dienst werde kaputt gespart. „Bei den Kolleginnen und Kol-

Auch die Gewerkschaften müssten sich angesichts der Entwicklungen neu ausrichten, merkte Sommer an. Er zeigte sich überzeugt, dass es zukünftig 16 Beamtengesetze geben werde. Daher müssten die Gewerkschaften ihre Beratertätigkeit dezentralisieren. Sie sollten sich stark auf gemeinsame Positionen konzentrieren und diese auf Bundesebene anbringen. Die Gewerkschaften rief er zum Schulterschluss auf, um auch für ein neues Dienstrecht gemeinsam einzutreten. „Wir wissen ja nicht, was der neue Innenminister will und was die neue Rechtsverteilung bringt“, mahnte er.

richt finden, das dem EuGH einen Fall vorlege, erläuterte Böhm.

Verbesserte Beteiligungsrechte für Beamtinnen und Beamte ließen sich auch ohne Verfassungsänderung erzielen, merkte Sehrbrock an. Der DGB habe ein Modell entwickelt, nach dem Verwaltungsvorschriften, Rechtsverordnungen und Gesetzentwürfe mit den Beamtin-

nen und Beamten zu vereinbaren sind. Der Innen-Staatssekretär in Schleswig-Holstein, Ulrich Lorenz, verwies auf politische Gestaltungsspielräume im Rahmen der Verfassung, die Schleswig-Holstein voll ausschöpfte.



**Jura Professor Matthias Pechstein sieht keine Perspektive für eine Veränderung der verfassungsrechtlichen Grundsätze. Ein modernes Staatsverständnis sei kein Grund für eine Verfassungsänderung. Fotos: DGB/Schlenzka**



**Die Marburger Rechtsprofessorin Monika Böhm erwartet nicht, dass sich die verfassungsrechtliche Ansicht zum Streikrecht ändert, sieht aber Möglichkeiten, ein einheitliches öffentliches Dienstrecht einzuführen.**

je tiefer die Einschnitte in ihr Einkommen würden, sagte Sehrbrock. Sie verwies auf die geplante Übertragung von Besoldung und Versorgung auf die Länder durch die Vereinbarung der großen Koalition zur Föderalismusreform. Sehrbrock sprach von „einem Stück Kuhhandel“: Die Länder hätten anderswo Kompetenzen an den Bund abgeben müssen und ver-



**Ulrich Lorenz, Innen-Staatssekretär in Schleswig-Holstein, verwies auf politische Gestaltungsspielräume im Rahmen der Verfassung. Sein Land sei zum Modell für partnerschaftliche Mitbestimmung im öffentlichen Dienst geworden.**

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegmund Ehrmann sah die Übertragung von Besoldung und Versorgung auf die Länder kritisch. Kleinstaaterei und weiterer Parzellierung müsse Einhalt geboten werden, betonte er. Die von der Koalition geplante Kürzung des Weihnachtsgeldes der Bundesbeamtinnen und -beamten könne nicht losgelöst von der Entwicklung im



**Ingrid Sehrbrock vom DGB-Bundesvorstand warnte mit Blick auf die geplante 41-Stunden-Woche für Bundesbeamtinnen und -beamte, Personalabbau und Einschnitte bei der Beihilfe: „Wir müssen uns auf noch mehr einstellen.“**

nen und Beamten zu vereinbaren sind. Der Innen-Staatssekretär in Schleswig-Holstein, Ulrich Lorenz, verwies auf politische Gestaltungsspielräume im Rahmen der Verfassung, die Schleswig-Holstein voll ausschöpfte.

### **Schleswig-Holstein gilt als Vorbild**

Sein Land sei zum Modell für partnerschaftliche Mitbestimmung im öffentlichen Dienst geworden, sagte Lorenz. Dies sei auch der konstruktiven Mitarbeit des DGB zu verdanken. Volle Verantwortung der Beamtinnen und Beamten für ihr Handeln schließe ein, dass sie aktiv und eigenverantwortlich in die Arbeitsorganisation einbezogen werden, führte Lorenz aus. Das schleswig-holsteinische Personalvertretungsrecht trage dieser Forde-

zum Beispiel über ein Personalentwicklungskonzept und variable Arbeitszeit.

Lorenz hielt es für wichtig für die Zukunft des öffentlichen Dienstes, dass die Gewerkschaften in Veränderungsprozesse einbezogen werden. Das erhöhe die Akzeptanz bei den Beschäftigten, zumal Einschnitte nicht ausgeschlossen werden könnten. Restriktionen im Personalvertretungsrecht hält Lorenz für unwahrscheinlich, auch wenn die Föderalismusreform den Ländern hier mehr Eingriffsmöglichkeiten eröffnen sollte.

### **„Einschnitte machen Mitbestimmung umso nötiger“**

Verhandlungsmöglichkeiten würden umso notwendiger, je mehr Schutzrechte der Beamtinnen und Beamten abgebaut und

langten dafür eine Gegenleistung. „Aber wir müssen uns auf noch mehr einstellen“, warnte das DGB-Vorstandsmitglied. Sehrbrock nannte die geplante 41-Stunden-Woche für Bundesbeamtinnen und -beamte, verstärkten Personalabbau und Einschnitte bei der Beihilfe.

### **PDS tritt für mehr Mitsprache ein**

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Petra Pau wertete die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD als „massiven Eingriff in die Mitbestimmung“. Die PDS sei bereit, mit den Gewerkschaften dafür einzutreten, dass die Mitbestimmung wiederhergestellt werde und die Verfassung zu mehr Teilhabe der Beamtinnen und Beamten komme.

Tarfbereich betrachtet werden. „Im Beamtensektor kann man da keine Speerspitze zulassen“, unterstrich der SPD-Bundestagsabgeordnete. Ralf Göbel von der CDU sah die Gefahr „eine Schere innerhalb der Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ zu öffnen. „Ich warne davor, Konfliktpotenzial in die öffentliche Verwaltung zu bringen“, sagte er.

CDU und SPD tendieren dazu, über ein verändertes Bundespersonalvertretungsgesetz zu mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zu kommen. Das mit ver.di und Beamtenbund erstellte Papier über eine Reform des Beamtenrechts sei eine gute Vorlage, um auch über die Mitbestimmung zu sprechen, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Göbel. Ins Bundespersonalvertretungsrecht könnten einige rechtliche Entwicklungen aufgenommen werden, etwa die Über-

leitung der Beschäftigten von öffentlichen in private Unternehmen. „Auch im Beamtensektor sollten wir über die freundliche Beteiligung der Personalvertretungen hinauskommen“, erklärte Siegmund Ehrmann. „Wenn die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nicht aus der Verfassung rauszukriegen sind, sollten

wir in die Bundesgesetzgebung aufnehmen, was an kooperativer Ausgestaltung möglich ist.“

Für den FDP-Bundestagsabgeordneten Helmut Königshaus hat das Thema Mitbestimmung derzeit keine Priorität. Er könne nicht nachvollziehen, dass Mitbestimmung zu einem zentralen Anliegen gemacht werde, sagte er. **Barbara Haas**

## FORUM ZU KOLLEKTIVEN RECHTEN IN EUROPA:

### **Schweiz und Schweden kennen keine Beamten mehr**

**Im europäischen Vergleich ist das deutsche Recht, das Beamtinnen und Beamten keine Streiks keine Tarifautonomie erlaubt, eine Ausnahme. Die Schweiz und Schweden haben ihren öffentlich Beschäftigten Verhandlungsrechte zugestanden, wie im Forum „Es geht auch anders: Kollektive Rechte von Beamtinnen und Beamten in Europa“ dargestellt wurde.**



Die Schweiz hat mit dem seit 2002 geltenden Bundespersonalgesetz den Beamtenstatus abgeschafft. Damit sollte eine Annäherung der öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisse an das Privatrecht erzielt werden. erklärte Dr. Fred Henneberger, Direktor des Forschungsinstituts für Arbeit und Arbeitsrecht an der Universität St. Gallen. Das Personal wurde in ein Angestelltenverhältnis überführt, das einen öffentlich-rechtlichen, unbefristeten, aber kündbaren Arbeitsvertrag vorsieht. Die Gewerkschaften können mit den Arbeit-

gebern in einem Gesamtarbeitsvertrag alles regeln, was nicht durch Gesetz oder Verordnung vorgegeben ist.

Arbeitsbedingungen und Entlohnung können durch Tarifverträge geregelt werden, und die Beschäftigten besitzen ein verfassungsrechtlich garantiertes Streikrecht. Allerdings bestehen Ausnahmen für Beschäftigte in bestimmten Funktionen. Ein Streikverbot ist möglich, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, die Gesundheitsversorgung und oder die Versorgung des Landes mit lebensnotwendigen Gütern aufrecht zu erhalten. Einen Streik habe es seit Einführung des neuen Rechts noch nicht gegeben, berichtete Henneberger. Allerdings habe eine Kantonspolizei einmal Autofahrer gestoppt, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass die Arbeitsbedingungen der Polizei verschlechtert werden sollten. Die Polizei habe die Aktion jedoch nicht als Streik deklariert.

Obwohl der Beamtenstatus abgeschafft ist, besteht zwischen dem Staat und den Schweizer Bediensteten ein Sonderstatus mit besonderen Treuepflichten. Die Beschäftigten haben die Pflicht, eine Dienstleistung zu erbringen. Die Treuepflicht gebietet die Zurückhaltung bei politischer Betätigung und eine positive Grundein-



## AUSSCHREIBUNG

### DGfK vergibt Kriminalistik-Preis

Die Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik e.V. (DGfK) hat sich zum Ziel gesetzt, die Kriminalistik in Wissenschaft, Lehre und Praxis zu fördern und weiter zu entwickeln. Aus diesem Grunde wird erstmalig für das Jahr 2005 ein Preis ausgelobt, der auf der Jahrestagung der DGfK im Jahr 2006 vergeben wird.

Mit dem Preis sollen herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Kriminalistik gewürdigt werden.

Bis zum Ablauf der Einsendefrist können alle im Jahr 2005 veröffentlichten oder noch nicht veröffentlichten Arbeiten eingereicht werden, die sich mit der Kriminalistik oder einem ihrer Teilgebiete befassen und die einen Fortschritt für die Kriminalistik erkennen lassen.

Teilnahmeberechtigt ist jedermann mit Ausnahme der Mitglieder des Vorstandes der DGfK.

Der Preis der DGfK ist dotiert mit 1.000 Euro.

Über die Preisvergabe entscheidet eine Gutachterkommission, die durch den Vorstand der DGfK eingesetzt wird. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. **Einsendeschluss ist der 31. März 2006.**

Einsendungen sind zu richten an: Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik Anika Schütz, Joseph-Herzfeld-Str. 9, 18059 Rostock  
Nähere Informationen unter: [www.kriminalistik.info](http://www.kriminalistik.info)

*Horst Clages*

## GDP-ANGEBOT

### GdP bietet Telefon-Sparkarte

Der Kostendruck in den deutschen Behörden wächst. Sparen ist in allen Bereichen angesagt – auch bei Telefongesprächen am Arbeitsplatz: Die Kosten von Privattelefonaten sollen nicht länger durch die Behörde getragen werden.

Viele Behörden führen bereits Telefonkarten mit vorausbezahltem Guthaben ein, so genannte CallingCards. Dringende private Telefongespräche dürfen in diesen Behörden nur noch ausschließlich mittels dieser Telefonkarten geführt werden.

So wird bei den Bundesbehörden durch Änderung der Richtlinie TK (früher DAV) das private Telefonieren bereits auf CallingCards umgestellt. Diese Richtlinie ist seit dem 1.1.2005 durch den Bundesfinanzminister in Kraft getreten. In Niedersachsen, Hessen, Bayern und

Berlin steht die Umsetzung kurz bevor bzw. es wird in den jeweiligen Innenministerien an einer landesweiten bzw. einer polizei-internen Lösung gearbeitet.

Dies hat die GdP zum Anlass genommen, sich nach einer ihren Sicherheitsansprüchen (keine Gesprächsvermittlung über die USA) genügenden Telefonkarte umzusehen, die günstige Tarife bietet – bei einfacher und unkomplizierter Tarifgestaltung, d. h. keine versteckten Kosten wie Vermittlungsgebühr, keine Administrationskosten pro Tag, keine Berechnung der Gespräche bereits bei Freizeichen oder gar eine dynamische Taktung (Minute hat nach 2 bis 3 Minuten nur noch 40 Sek.). Gegenwärtig prüfen wir verschiedene Anbieter und werden unseren Mitgliedern zeitnah eine erstklassige Lösung anbieten.

*jk*

stellung gegenüber dem Staat. Die Beschäftigten verpflichten sich auch zu Amtsverschwiegenheit und Unbestechlichkeit. Für ihre Arbeitsleistung steht ihnen eine Gegenleistung zu, ein Alimentationsprinzip wie in Deutschland gibt es in der Schweiz nicht. Die Bezahlung richtet sich nach Funktion, Leistung und Erfahrung. „Die Gehaltsentwicklung hängt fast ausschließlich von der Leistung ab, die jährlich gemessen wird“, erklärte Henneberger.

Grundlage für die Bezahlung ist ein System mit 38 Lohnklassen. Zwischen den Klassen gibt es keine vor- und ausbildungsbedingten Unterschiede. Jeder Beschäftigte könne demnach bis zur obersten Klasse aufsteigen. Ein Versorgungsanspruch gegenüber dem Staat besteht nicht, die Alterssicherung der Beschäftigten finanziert sich aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen.

Der Arbeitsvertrag der öffentlich Bediensteten endet durch Kündigung oder Aufhebung. Eine Kündigung setzt eine qualifizierte Begründung voraus. Das kann zum Beispiel mangelnde Leistung oder ein schwer wiegender wirtschaftlicher Grund sein.



Auch Schweden hat den Beamtenstatus abgeschafft, gleichwohl haben die öffentlich Beschäftigten besondere Treuepflichten. Die öffentlichen Angestellten erhielten 1966 das Recht, über Tarifverträge zu verhandeln und zu streiken.

Fundament der Reformen ist der Hauptvertrag, den Staat und Gewerkschaftsbündnisse 1966 unterzeichneten. Der Staat erklärte, dass er nur mit Gewerkschaften Verträge schließen werde, die den Hauptvertrag unterschrieben haben. Darin verpflichten sich die Gewerkschaften, dass sie keine Maßnahmen ergreifen werden, die Gesundheit, Sicherheit oder allgemeine Ordnung gefährden.

Konsequenz der Reform war 1976 ein Schritt in Richtung dezentralisierter Lohnverhandlungen. Ein kleiner Teil der Gehaltserhöhungen dieses Jahres sei durch lokale Vereinbarungen festgelegt worden, berichtete der Generaldirektor im schwedischen Finanzministerium, Knut Rexed. Der Anteil lokaler Lohnverhandlungen habe immer mehr zugenommen. Heute werden alle Gehaltsentscheidungen auf Ämterebene getroffen. Die Gewerkschaft habe bei den letzten Gesprächen über den Rahmenvertrag anstelle lokaler Verhandlungen einen persönlichen Dialog über die Gehälter gefordert, ergänzte Rexed.

Fast alle gesetzlichen Richtlinien für staatliche Beschäftigungsbedingungen sind in Schweden abgeschafft und alle personalpolitischen Fragen werden auf Ämterebene geregelt. Zentrale Verträge garantieren einen Mindestlohn und legen Richtlinien für den lokalen Verhandlungsprozess fest. Einige Beschäftigungsbedingungen, wie Altersrenten, sind in allen Ämtern gleich.

Der öffentliche Dienst in Deutschland werde sich in Richtung eines offeneren Arbeitsmarktes entwickeln, nimmt Rexed an. „Lebenslange Karrieren im öffentlichen Dienst sind nicht mehr attraktiv“, sagte er. Er glaubt, dass sich die öffentlichen Beschäftigungsbedingungen denen in der Privatwirtschaft annähern werden. Nach Hennebergers Auffassung ist das Eckpunktepapier für ein neues Beamtenrecht, das ver.di, Beamtenbund und Innenministerium vorgelegt haben, „genau das, was wir brauchen“. Er hoffe, dass die Föderalismusreform dahin komme, „das gesamte Dienstrecht an die Länder zu geben“. „Ich verstehe nicht, wieso die Konkurrenz unter den Ländern nicht zugelassen werden sollte“, sagte Henneberger. Die im Eckpunktepapier vorgesehene Bezahlung nach Leistung befürwortet der Wissenschaftler. Für ihn gibt es keine Begründung dafür, „warum einer, der auf einem Posten mehr leistet, nicht mehr verdienen soll“.

*Barbara Haas*

# Zoll verbessert Ausbildung der Spezialkräfte

Im Oktober 2005 hat die Fortbildungsstätte der Spezialeinheiten der Zollverwaltung (FSZ) in Stetten am Kalten Markt (BaWü) den Lehrbetrieb

Erste Herausforderung ist dabei die Ausbildung der neu gebildeten Unterstützungsgruppen Zoll, die als Zugriffseinheiten die bestehenden

Observationseinheiten Zoll ergänzen sollen. Die in Köln ansässige Zentrale Unterstützungsgruppe Zoll dürfte im besonderen Maße von der „eigenen“ Ausbildungseinrichtung profitieren.



**Auch das Abseilen vom Gebäude gehört zur Ausbildung der Spezialeinsatztrupps des Zolls. Foto: ZKA**

aufgenommen. Damit setzt der Zoll ein deutlich verbessertes Konzept für die Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte im Zollfahndungsdienst um.

Durch die Anbindung der FSZ als Außenstelle an den Bereich Einsatzunterstützung des Zollkriminalamtes (ZKA) soll eine konsequent bedarfsorientierte Ausbildung gewährleistet werden.

zur FSZ und den ausgeschriebenen Dienstposten bietet das ZKA im Internet unter [www.zollkriminalamt.de](http://www.zollkriminalamt.de) an. Telefonische Anfragen beantwortet Wolfgang Giersberg, 0221/672-4410. Selbstverständlich sind auch die Kreisgruppen der Gewerkschaft der Polizei – Bundesfinanzpolizei, erreichbar u.a. unter [www.gdp-zka.de](http://www.gdp-zka.de), gerne bei der Kontaktaufnahme behilflich.

**MS**



## Urteile

### **Anordnung eines Drogenscreenings auch nach einmaligem Drogenkonsum**

Schon die einmalige Einnahme von Cannabis genügt für eine „gelegentliche Einnahme“ im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 4 FeV. Mit „gelegentlich“ ist jede Einnahme bezeichnet, die hinter regelmäßiger Einnahme zurückbleibt. Die Fahrerlaubnisbehörde darf nach § 14 Abs. 1 Satz 4 FeV die Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens einschließlich eines Drogenscreenings anordnen, wenn der Betroffene unter Cannabiseinfluss ein Kraftfahrzeug im Straßenverkehr geführt hat, selbst wenn zunächst nur dieser eine Drogenkonsum feststeht.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, 3 A 10933/05.OVG**  
**Oberverwaltungsgericht Hamburg, 3 Bs 87/05**

### **Telefonbetrug: OVG kürzt Dienstbezüge eines Polizeibeamten**

Ein Polizeibeamter, der während der Dienstzeit private Telefongespräche unter missbräuchlicher Kennzeichnung als Dienstgespräche führt, bereichert sich vorsätzlich zum Nachteil des Dienstherrn, entschied das Oberverwaltungsgericht in Koblenz und kürzte im konkreten Fall die Dienstbezüge des Beamten auf die Dauer von 15 Monaten um 1/20 (monatlich rund 135 Euro brutto).

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, 3 A 10933/05.OVG**

# **ACE: Mobilitätsdienstleister und Verkehrsbund**

## **Interview mit Wolfgang Rose, Vorsitzender des ACE**

**Gegründet als gewerkschaftlicher Autoclub hat der ACE 1995 seine Pforten auch für Nicht-Mitglieder geöffnet. Eine wirtschaftliche Entscheidung?**

Die Entscheidung, den ACE zu öffnen, haben die Gewerkschaften selbst getroffen. Und sie haben gut daran getan. Unsere Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit ist gestärkt worden. Zugleich sind wir nach wie vor gewerkschaftlicher Autoclub und zwar nicht nur deshalb, weil es so in der Satzung steht. Wir bekennen uns zu unseren gewerkschaftlichen Wurzeln.

Wir streiten für soziale Gerechtigkeit, insbesondere um Mobilität für alle Gruppen der Bevölkerung zu gewährleisten.

**1965 von Gewerkschaften im DGB gegründet, ist der Auto Club Europa (ACE) zwar ein vergleichsweise junger Verkehrsbund, dennoch aber mit seinen heute rund 550.000 Mitgliedern einer der führenden Mobilitätsdienstleister in Deutschland. Im Juli dieses Jahres hat er seinen 40. Gründungstag gefeiert.**

**Anlässlich des Jubiläumsjahres sprach Marion Tetzner mit dem ACE-Vorsitzenden, Wolfgang Rose.**

Mit diesem Selbstverständnis agieren wir und suchen unverändert die gute Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Gewerkschaften. Ich bin überzeugt, dass wir uns wechselseitig eine Menge zu bieten haben. Im Bereich der Verkehrspolitik sind Gewerkschaft und ACE durch Grundüberzeugungen verbun-

den und sie starten gelegentlich auch gemeinsame Aktivitäten. Und auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit rekrutieren wir beispielsweise einen Großteil unserer Moderatoren aus Kreisen der GdP.

Gewerkschaftsmitglieder erhalten übrigens beim Eintritt in

den ACE das exklusive Einsteiger-Angebot „2 für 1“. Die geldwerte Vergünstigung bewegt sich dabei mindestens in der Größenordnung eines Jahresbeitrages in Höhe von 56 Euro ab 2006.

**Aufgrund der Familienmitgliedschaft haben 1,2 Millionen Menschen Anspruch auf Schutz und Hilfe durch den ACE.**

Wir sind unter den Autoclubs anerkannter Marktführer im Preis-Leistungsverhältnis. Und wir sind stolz darauf, dass uns das



Fotos (2): ACE

die Stiftung Warentest bereits wiederholt bestätigt hat.

**Verkehrspolitisch bekennt sich der ACE zwar zum Auto, wirbt aber zugleich für die Idee einer ganzheitlichen Mobilität, die alle Verkehrsmittel sinnvoll miteinander verknüpft.**

**Der ACE versteht sich als Autoclub – wie würden Sie seine Philosophie beschreiben?**

Individuelle Automobilität bleibt unverzichtbar. Sie hat nach

**Pannenhilfe gehört zum Kernbereich der ACE-Leistungen. Über 80.000 Mal im Jahr machen die Helfer des Clubs Fahrzeuge wieder flott, bergen Autos, schleppen ab, sorgen für die Rückholung kranker Menschen und havariierter Fahrzeuge aus dem Ausland.**

meiner Überzeugung die beste Zukunftsperspektive in einem System, das alle Verkehrsträger effizient miteinander verknüpft.

Mit Blick auf den Verkehrssektor sehen wir uns in einer besonderen sozialen und ökologischen Verantwortung. Deshalb haben wir beispielsweise gemeinsam mit dem DGB das Internet-Portal clever-pendeln.de eröffnet, um betriebliches Mobilitäts-

**Der ACE leistet nicht nur Pannenhilfe. Touristische Informationen, Reisebuchungen, technischer Service, juristische Unterstützung und medizinische Hilfe sowie branchentypische Versicherungen gehören ebenfalls zum Dienstleistungsspektrum des Clubs. Weitere Schwerpunkte setzt der ACE in der Verkehrssicherheitsarbeit und im Verbraucherschutz.**

management für Berufspendler anzuregen.

Der neuen Bundesregierung haben wir einen Sieben-Punkte umfassenden Katalog übergeben, in dem die aus unserer Sicht wichtigen Kernaufgaben künftiger Verkehrspolitik beschrieben sind.

Es geht um ein Leitbild für ganzheitliche und nachhaltige Mobilität, um sichere und funk-

national als hochrangige Aufgabe begriffen wird. Schließlich sind wir dafür, dass moderne Energiestrategien weiterentwickelt und umgesetzt werden, damit wir möglichst bald Unabhängigkeit vom Erdöl erlangen können.

**Sie haben die Politik jüngst aufgefordert, die Kosten für Mobilität in Grenzen zu halten und auf eine Mehrwertsteuer zu verzichten. Wie wird sich der ACE weiter dafür einsetzen?**

Wir sind im Gespräch mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und den Koalitionsparteien. Parteiübergreifend muss klar sein, dass Mobilität im Allgemeinen und Autofahrern im Besonderen für alle Teile der Bevölkerung erschwinglich bleiben muss. Darauf richten sich unsere Erwartungen und daher sind wir auch nicht glücklich darüber, dass die Mehrwertsteuer erhöht und die Entfernungspauschale abgeschmolzen werden soll.

**Welche Ziele verfolgt der ACE darüber hinaus gegenwärtig?**

Ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten wird sein, den Service und die Beratung rund um Auto und Verkehr weiter zu optimieren. Wir bleiben zugleich Non-Profit-Unternehmen. Das heißt, unser Serviceangebot ist vordergründig nicht von wirtschaftlichen Interessen gesteuert. Diese Unterscheidung



Wolfgang Rose, ACE-Vorsitzender

tionstüchtige Verkehrswege und humane Arbeitsbedingungen für Beschäftigten in Verkehrsberufen.

Ferner kommt es uns darauf an, dass die Kosten der Mobilität nicht ausufern, eine Verkehrssteuerreform in Gang gesetzt und die Verkehrssicherheit auch

ung verschafft uns hohes Ansehen in der Mitgliedschaft. Versicherungen und anderen Anbietern wird es nicht gelingen, uns zu kopieren. Wir sind Club und damit glaubwürdiger Interessenvertreter und solidarisch handelnder Dienstleister, der seinen Erfolg an der Zufriedenheit seiner Mitglieder misst.



# PMRExpo 2005 – Leitstellenkongress, Kolloquium, Foren und begleitende Fachmesse

Vom 8. bis 10. November 2005 fand im Congress Center in Leipzig (CCL) die inzwischen 5. PMRExpo statt. Auf diesem Branchentreffpunkt des professionellen Mobilfunks für den deutschsprachigen Raum präsentierten 79 Aussteller aus 10 Staaten ihre Produkte den über 1.000 Führungskräften, Fachbesuchern und Teilnehmern aus den Zielgruppen der BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben). Anlässlich des mit der PMRExpo verbundenen zweitägigen Kolloquiums, referierte Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP, zum Thema: „BOS-Digitalfunk – Schrecken ohne Ende?“.

Jörg Radek machte mit seinem Beitrag deutlich, dass das veraltete analoge BOS-Funknetz

funden hatte, gab es die altbekannten Kommunikationsprobleme: Der analoge Funkver-

auszugehen, dass dann auch die Handynetze nicht mehr funktionieren werden. Diese leidvolle Erfahrung habe die Polizei in Madrid und London nach den dortigen Terroranschlägen machen müssen. Die Einsatzkräfte

in London und Madrid konnten jedoch mit ihrem digitalen Funk-system störungsfrei miteinander kommunizieren.

Hamburg und der Freistaat Sachsen gehen zur WM 2006 auf Nummer sicher. In Hamburg soll



den Anforderungen von Großlagen oder Katastrophenfällen und der Notwendigkeit, eine Vielzahl von Einsatzkräften zu führen, nicht mehr gewachsen sei. Die Tendenz der Ausfälle der analogen Systeme sei bei derartigen Einsätzen stark zunehmend. Nicht nur bei den zurückliegenden Großlagen und Katastrophenfällen, auch am 8.10.2005, anlässlich einer Katastrophenübung, die vor dem Hintergrund der WM 2006 in der Münchner Allianz Arena stattge-

**Jörg Radek nannte die Politik blauäugig und ignorant, weil sie aus den zum Teil dramatischen Zuständen während der letzten polizeilichen Großlagen nicht die entsprechenden Konsequenzen ziehe und die zwingend notwendige Umstellung von analog auf digital forcieren.** Foto: HMue

kehr brach zusammen. Die Führungskräfte behelfen sich mit ihren dienstlichen Handys. Hier habe es sich lediglich um eine Übung gehandelt, so Jörg Radek. Im Ernstfall sei jedoch davon

der Feuerwehr, der Polizei und dem Katastrophenschutz für ihre Einsätze anlässlich der WM2006 ein digitales Funknetz zur Verfügung stehen. Dafür werden 4 Basisstationen und rund 200 Endgeräte für den Zeitraum März bis Juli 2006 angemietet. Grundsätzlich erfolgen die Einsätze zur WM 2006 jedoch mit der analogen Funktechnik. Die zusätzlichen taktischen Möglichkeiten des digitalen Netzes sollen für die Führung von Einsatzkräften, der Durchführung von Personenkontrollen und der Verkehrslenkung genutzt werden.

Auch Leipzig wird zur WM 2006 ein zeitlich befristetes digitales Funknetz für Polizei und Feuerwehr einrichten. Damit soll die Sicherheit des Funkverkehrs erhöht werden, auch weil der digitale Funk abhörsicher ist. Die Einsatzkräfte werden sich nicht gegenseitig stören, weil eine größere Anzahl an Frequenzen zur Verfügung stehen wird.

Wenig Verständnis zeigte Radek für die Äußerungen des Berliner Innensenators Körting. Der habe bei der Vorstellung des Sicherheitskonzepts der Berliner Polizei gesagt, dass er Zweifel habe, ob der Digitalfunk unbedingt zur Weltmeisterschaft einsatzfähig sein müsse. Körting habe ferner geäußert, dass die Welt nicht zusammenbreche, wenn wir den Digitalfunk nicht zur WM haben. Die Sicherheit bei Großereignissen sei dennoch gewährleistet. Das sei auch bei der Fußball-Weltmeisterschaft im kommenden Jahr so. Er wolle den Digitalfunk nicht wegen dieser einen „Zirkusveranstaltung“.

Radek forderte die verantwortlichen Politiker beim Bund und in den Ländern auf, das politische Hickhack schleunigst zu beenden, Konsens herzustellen und der Polizei das dringend benötigte Werkzeug und Personal zur Bewältigung ihrer Alltagsarbeit unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Der komplette Redetext steht Interessierten Kolleginnen und Kollegen unter [www.gdp.de](http://www.gdp.de) im Mitgliederbereich zur Verfügung.

Weitere Infos zur PMRExpo unter: [www.pmrexpo.de](http://www.pmrexpo.de)

HMue

# Digitales TETRA-Funksystem auch in Großbritannien bewährt

**Während in Deutschland nun schon seit über acht Jahren über die Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) diskutiert und vieles dabei zerredet wird, haben unsere europäischen Nachbarn gezeigt, wie sie ihre Systeme längst aufgebaut und in Betrieb genommen haben. In DP 6/04 hatten wir über das finnische System VIRVE und in DP 1/05 über das PEGAS-Netz in Tschechien berichtet. Diesmal ein Blick nach Großbritannien:**

Anfang 2005 konnte das digitale Funknetz für die britischen Sicherheitsbehörden übergeben werden. Seitdem hat es gleich zwei große Bewährungsproben bestanden:

- den Weltwirtschaftsgipfel (G8) in Gleneagles und
- die Terroranschläge in London.

**Das schon Anfang 2005 übergebene Funksystem soll laut O2-Airwave, das weltweit größte TETRA-Netz sein. Es besteht aus 3.300 Basisstationen, aus 8 Netzknoten, und 488 Leitstellen. Das Netz ist von der Gesamtkapazität für 200.000 Nutzer ausgelegt, von denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt über 131.000 bereits das Netz nutzen. Durch die aufgebauete Infrastruktur ist die landesweite digitale Netzversorgung mit TETRA zu 99 % vorhanden.**

Beim G8-Gipfel, dem wohl teuersten Politikertreffen der Geschichte, wurde der Einsatz von 12.000 Beamten aus 51 britischen Polizeieinheiten über ein Lage- und Einsatzzentrum geleitet. Bereits hier konnte sich das digitale Funksystem als Einsatz- und Führungsmittel behaupten.

Nicht vorhersehbar war, dass es sich fast zeitgleich in London bewähren musste. Nach den Terroranschlägen vom 7. Juli 2005, bei denen innerhalb einer knappen Stunde durch Terroristen zeit-

versetzt mehrere Bomben in drei U-Bahnen und einem Doppeldeckerbus gezündet wurden, brach das öffentliche GSM-Mobilfunknetz zusammen.

Durch das digitale Funknetz des britischen Netzbetreibers Airwave konnte die Kommunikation zwischen Polizei, Feuerwehr und Sanitäter gewährleistet werden. In den U-Bahnschächten war die digitale Funkversorgung planmäßig noch nicht vorhanden. Dieses Funkloch konnte O2-Airwave innerhalb kürzester Zeit durch den Einsatz mobiler Basisstationen schließen.

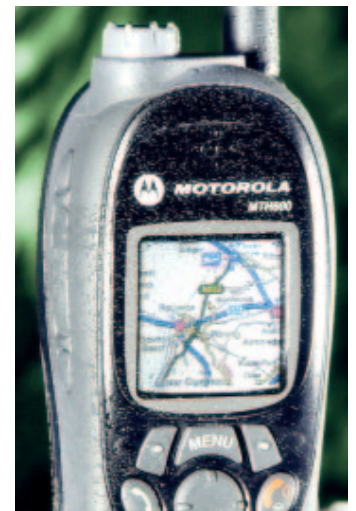
Im Jahr 2000 wurde O2-Airwave mit der Erstellung und dem Betrieb eines TETRA-Funknetzes für die britische Polizei sowie mehrere Ambulanzdienste und Feuerwehren beauftragt. Der Vertrag sah ein Investitionsvolumen von umgerechnet ca. 4,2 Milliarden Euro vor. Den Auftrag, die Technik zu entwickeln und die landesweite Infrastruktur zu schaffen, erhielt MOTOROLA. Das komplette Netz sollte bis Ende 2005 fertig gestellt sein. Dann sollte es allen Einsatzkräften der Polizei von Großbritannien möglich sein, über ein gemeinsames digitales Funknetz zu kommunizieren.

Zuvor hatten jede der insgesamt 51 Polizeieinheiten aus England, Schottland und Wales ein eigenes Kommunikationssystem.

Den einzelnen Organisationen war es dadurch nur im eingeschränkten Maße möglich miteinander zu kommunizieren.

## GPS

Die neuen TETRA-Handys sind mit GPS ausgestattet, um die Einsatzplanung zu vereinfachen und die Kommunikation zu beschleunigen. Die Zentrale weiß also immer, wo sich wer gerade aufhält. Wegen dieser Funktion hatte die Scottish Police



Fotos (2): MOTOROLA

Federation (SPF) auf den Eingriff in die Privatsphäre der Polizisten hingewiesen. Man einigte sich mit der Behörde, dass zumindest außerhalb der Dienstzeiten der Aufenthaltsort der Polizisten nur mit ausdrücklicher Genehmigung eines höheren Polizeioffiziers erfasst werden darf.

## Gesundheitsrisiken

Die für England und Wales zuständige gewerkschaftliche Schwesterorganisation „Police Federation“ sorgt sich hingegen um die Gesundheit ihrer Mitglieder. Sie vereinbarte mit der Regierung, dass mindestens 15 Jahre



lang die Gesundheit der Airwave nutzenden Polizisten beobachtet werden soll. Die Begleitstudie, die vom Imperial College London durchgeführt wird, soll umgerechnet rund 7,1 Millionen Euro kosten. Sowohl Netzbetreiber als auch Wissenschaftler haben jedoch schon jetzt erklärt, dass es keine Hinweise auf gesundheitliche Schäden gäbe.

Noch nutzt die britische Polizei nicht alle Funktionen, die TETRA bietet. Fahndungsabfragen aus dem Fahrzeug heraus, als auch das Senden und empfangen von Fandungsfotos sollen in einem weiteren Schritt in das System einge-

bunden werden. Die Entwickler des TETRA-Systems arbeiten heftig an einer Ausweitung der Kapazitäten. Der aktuelle Standard, nämlich die Übertragung von Sprache und Daten, soll erweitert werden. So ist u. a. vorgesehen, dass z. B. Stadt- oder Gebäudepläne auf die Funkgeräte der Einsatzkräfte übertragen werden. Laut MOTOROLA könnte diese Variante, sie wird auch TETRA 2 genannt, in spätestens zwei Jahren marktreif sein.

**Blick in die Einsatzzentrale der Polizei für den Bezirk Strathclyde in Schottland.**

**HMue**



## **Jahrbuch Öffentliche Sicherheit**

Öffentliche Sicherheit hat nach wie vor „Hochkonjunktur“. Der vorliegende Jahresdoppelband 2004/2005 hat daher gegenüber dem vorherigen noch einmal erheblich an Beiträgen zugenommen. Neben den vier „Kernbereichen“

- Extremismus,
- Öffentliche Sicherheit in Deutschland,
- Europäische Sicherheitsarchitektur und

• Internationale Sicherheit werden als weitere Schwerpunkte die beiden Themenbereiche Herausforderungen globaler Sicherheit sowie Menschenwürde und Sicherheit beleuchtet.

**Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Verlag für Polizeiwissenschaft, 550 Seiten, 39,- Euro, ISBN 3-935979-58-4**

## **Polizeiliche Vernehmung**

Das Buch bietet konkrete Ratschläge und Lösungen für die praktische Durchführung von Befragungen im Allgemeinen sowie für besondere Vernehmungen. Als Grundlage der Darstellung dienen psychologische Forschungsergebnisse unter Beachtung der für den Polizeialltag verbindlichen Rechtslage.

Die Verfasser stellen zunächst den Aufbau und den Ablauf sowie die Ziele von Vernehmungen dar. Sie geben Tipps zur Planung und zum Beginn sowie wertvolle Hinweise zum taktischen Vorgehen und zu den Belehrungen. Besondere Bedeutung kommt den Ausführungen zu verbalen Merkmalen und Warnsignalen, nonverbalen Signalen und der Aussagemotivation bei der Einschätzung der Glaubhaftigkeit

von Aussagen zu. Der Analyse und Bewertung von Aussagen wird in dem Buch ebenso Rechnung getragen wie den Problemen, die sich z.B. bei der Vernehmung von Kindern und traumatisierten Personen oder durch das Hinzuziehen von Dolmetschern ergeben. Übungen zu den Frageformen und den Glaubhaftigkeitsmerkmalen ermöglichen die gezielte Wiederholung und Auffrischung der komplexen Materie.

**Polizeiliche Vernehmung und Glaubhaftigkeit – Ein Trainingsleitfaden, Professor Dr. Max Hermanutz, Professor Dr. Sven Max Litzcke, Ottmar Kroll, Richard Boorberg Verlag 2005, 165 Seiten, 18 Euro, ISBN 3-415-03554-9**



# Neue Bedrohungen erfordern neue Bekämpfungsformen

„Neue Allianzen gegen Kriminalität und Gewalt“ – zu diesem Thema fand vom 2. bis 3. November 2005 die diesjährige Herbst-

tagung der deutschen Strafverfolgungsbehörden statt. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden hätten sich diesen neuen Herausforderungen nicht nur gestellt, sondern sie er-



**Schilys Tipp an seinen Nachfolger: Eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ist für die Polizei genug. Außerdem rechtfertigt der Beruf eine vorzeitige Altersgrenze.**

folgreich bewältigt. Deutschland sei eines der sichersten Länder der Welt; dies sei vor allem auf die herausragende Arbeit der Polizei zurückzuführen. Nicht zuletzt die hervorragende Arbeit des BKA genieße weltweit hohes Ansehen. Die deutschen Sicherheitsbehörden seien insgesamt gut aufge-

stellt. So habe das BKA seit 1998 ca. 400 Beschäftigte mehr erhalten. Der Etat habe sich in dieser Zeit um 1,3 Prozent oder rund 350 Millionen Euro erhöht. Die Terrorismusbekämpfungspakete hätten dem BKA erforderliche neue Kompetenzen gebracht.

Schily unterstrich, dass die Vernetzung der Sicherheitsbehörden ausgeweitet wurde. Unter Beachtung des Trennungsgebotes wurden z. B. durch das gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) 40 Sicherheitsbehörden vernetzt. Bundespolizei und BKA seien zusätzlich im Bereich Schleusung mittels eines gemeinsamen Analyse- und Auswertungszentrums verknüpft.

Aber auch international sei viel passiert. Die EU hätte sich neben einer Wirtschafts- auch zu einer Wertegemeinschaft gewandelt. Hierzu seien im Haager Programm die wichtigsten Voraussetzungen geregelt. Deutschland habe aufgrund der verschiedensten bi- wie multilateralen Verträge auch die praktische Zusammenarbeit mit seinen europäischen Nachbarstaaten verbessert, sowie

## Noch ungelöste Fragen

Schily verdeutlichte, dass es neben den bereits geleisteten Anpassungen weitere gibt, die noch zu lösen seien. So sollte Europol endlich Exekutivbefugnisse und das BKA in seinen Zuständigkeitsbereichen Präventionsbefugnisse erhalten. In Deutschland sei daneben eine Terrorismusbekämpfungsdatei längst überfällig. Die Frage, ob als Index- oder Volltextdatei ausgestaltet beantwortete Schily in Richtung Indexdatei. Keinen Bedarf sah er dagegen für einen Bundeswehreininsatz zur Terrorismusbekämpfung. Die Bundeswehr sei keine Polizei mit schweren Waffen. Amtshilfe bei technischer Notwendigkeit sei eine Selbstverständlichkeit darüber hinaus sehe er keinen Bedarf. Im Gegenteil riefen Panzer auf den Straßen sicherlich ein Klima der Unsicherheit hervor. Auch einen Einsatz der privaten Sicherheit sieht Schily nur dort, wo das Gewaltmonopol des Staates dies nicht ausschließe. Besonders wichtig sei es ihm, dass die Polizei die Rückendeckung der Politiker vor allem aber den Rückhalt der Bürger erhalte.

**40 Stunden sind genug**

Abschließend gab Schily seinem Nachfolger im Amt noch ei-



**In diesem Jahr fand die BKA-Herbsttagung erstmals an nur zwei Tagen statt – die Vorträge waren insgesamt kürzer und pointierter. Die ca. 300 Teilnehmer dankten mit hoher Konzentration.**

nen Ratschlag mit auf den Weg: der Polizeiberuf rechtfertige weiterhin eine vorgezogene Altersgrenze. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden sei zwar noch gerechtfertigt, aber hinsichtlich einer weiteren Anhebung gebe es Grenzen.

### **Ganzheitliches Bekämpfungskonzept nötig**

BKA-Präsident Jörg Ziercke forderte ein ganzheitliches Bekämpfungskonzept sowie eine gesamtgesellschaftliche Kriminalitätsbekämpfung ein. Seiner Auffassung nach sei eine strikte Einhaltung der Unterscheidung in innere und äußere Sicherheit nicht mehr durchzuhalten. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus müsse im Ausland beginnen. Die phishing-Versuche aus dem Ausland seien ebenso angestiegen wie Versuche, über das Internet die kritische Infrastruktur anzugreifen. Zusätzlich gebe es zunehmend Entführungen Deutscher im Ausland. Es sei immer häufiger ein deutliches Auseinanderklaffen von Tat- und Erfolgsort festzustellen. International würden netzwerkartige Verknüpfungen von Tatmitteln und Tätergruppen vorgenommen. Dadurch entstünde ein enormes Schadens- und Bedrohungspotential.

Für ein ganzheitliches Bekämpfungskonzept sei effektive Ursachforschung genauso erforderlich wie enge nationale und internationale Verzahnung. Auf internationaler Ebene sei dringend eine verstärkte Kooperation zum weltweiten Einfrieren kriminell erworbenen Vermögens angezeigt. Europol sollte exekutive Befugnisse in bestimmten Bereichen erhalten. Die Vereinheitlichung von technischen Schnittstellen sei dringend geboten, vor allem auch mit der Wirtschaft, um so deren Potentiale im Rahmen von Sicherheitspartnerschaften zur verbesserten Informationsgewinnung im Ausland zu nutzen. In Richtung der Telekommunikationsdienste forderte er, dass für die Provider zukünftig eine Speicherfrist relevant

ter Daten von nicht weniger als 12 Monaten gelten sollte. Eine Einbeziehung der privaten Sicherheitsdienstleister kann sich Ziercke nur derart vorstellen, dass keine Verbesserung rechtsstaatlicher Zuständigkeiten stattfindet. Um die zukünftige Rolle des BKA zu stärken forderte Ziercke abschließend ein, die operative Schlagkraft des BKA's durch entsprechend Kompetenzen zu erweitern.



**BKA-Präsident Jörg Ziercke fordert ein ganzheitliches Bekämpfungskonzept und eine gesamtgesellschaftliche Kriminalitätsbekämpfung.**

**Fotos (3): BKA**

### **Sicherheitsinteressen der Wirtschaft**

Im Anschluss an den Vortrag des BKA-Präsidenten erfuhren die Teilnehmer aus berufenem Munde, wie ein global operierendes Unternehmen seine Sicherheitsinteressen wahrnimmt, strukturiert und welche Aktivitäten dort entfaltet werden. Karl Rose, leitender Strategieberater der Royal Dutch Shell Group in Den Haag stellte dar, welche Anstrengungen und Aktivitäten sein Unternehmen in den letzten Jahren unternommen hat, um auf die veränderte Sicherheitslage in der Welt zu reagieren. Es werden dort Szenarien entwickelt, die über einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahre sicherheitsrelevante Entwicklun-

gen darstellen. Prognosen für bestimmte Regionen, ja sogar heruntergebrochen auf bestimmte Staaten dieser Welt, werden erstellt, um sicherheitsrelevanten Aspekte in Investitionsentscheidungen einbeziehen zu können. Mit teils enormer Finanzausstattung versehen wurden unter dem Titel „Shell Global Szenarios 2025“ teilweise sehr anschaulich modellhaft alle Regionen und Staaten der Welt hinsichtlich ihrer Sicherheitslage kategorisiert.

Nicht nur die enorme Finanzausstattung, sondern auch die Professionalität der Arbeit, wie sie hier beispielhaft dargestellt wurde, hinterließ bei den Teilnehmern durchaus Eindruck.

Ganz praktische Erfahrungen hinsichtlich der Anforderungen, die an ein international operierendes Unternehmen weltweit gestellt werden, stellte anschließend Norbert Wolf, Leiter der Cooperated Security, dar. Er verdeutlichte, wie schwierig es teilweise für ein international operierendes Unternehmen ist, verschiedenen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden.

Bei einem multinational zusammengesetzten Team, das in einer kritischen Region eingesetzt ist, könne es geschehen, dass unterschiedliche Sicherheitsbehörden in den Herkunftsländern der Beschäftigten durchaus unterschiedliche Sicherheitseinschätzungen vornehmen.

Für den Konzern hieße es dann vor Ort, auch unterschiedliche Vorkerungen zu treffen. Wolf forderte für die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Sicherheitsbehörden einen gezielten Informationsaustausch, den zeitlich begrenzten persönlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Sicherheitsbehörden, die Kooperation der Verbindungsbeamten des BKA's im Ausland mit den vor Ort tätigen regionalen Sicherheitsbeauftragten der Wirtschaft und eine Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit um so die Entwicklung von Sicherheitsprodukten und Systemen zu verbessern.

### **Kompetenzen bündeln**

Nach der Wirtschaft äußerten sich verschiedene nationale Behörden, die ebenfalls zur Gewährleistung der inneren (Zollkriminalamt) sowie äußeren Sicherheit (Bundeswehr und BND) zuständig sind.

Oberst Roland Kästner legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen darauf, dass die innere und äußere Sicherheit nicht mehr allein national zu gewährleisten seien. Kompetenzen sollten nicht in verschiedenen Funktionsbereichen parallel abgebildet werden. Dies bedeute jedoch nicht, dass zukünftig Militär mit polizeilichen Mitteln auszustatten sei. Seiner Meinung nach sollte jedoch eine gemeinsame Ausbildung zur besseren Kooperation und Koordination durchgeführt werden.

Zum Abschluss der Veranstaltung stellten der Leiter von Europol, Max-Peter Ratzel, der stellvertretende Leiter von IKPO/Interpol, Jean-Michel Louboutin und William Hughes, designierter Direktor der britischen Behörde zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die internationale Sichtweise auf die Notwendigkeit neuer Allianzen zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des internationalen Terrorismus dar. Auch wenn die Erforderlichkeit neuer Allianzen zur Kriminalitäts- und Gewaltbekämpfung sicherlich von allen Teilnehmern gesehen wurde und diese Grundinformation nicht unbedingt neu war, so waren doch die Vorträge sicherlich dazu geeignet, für die Teilnehmer als hervorragende Gelegenheit zur besseren Information und Kommunikation zu dienen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der neue zeitliche Rahmen der BKA-Herbsttagung (die Veranstaltung wurde erstmalig nur an zwei Tagen durchgeführt) dem Informationsgehalt nicht unbedingt geschadet hat. Im Gegenteil Die zahlreichen Referenten hielten ihre Vorträge insgesamt deutlich kürzer und pointierter.

**now.**



# Es ist nur ein Spiel ...



Mit der Fußball-WM kommt 2006 ein Großereignis nach Deutschland, wie wir es vergleichbar zuletzt vor dreiunddreißig Jahren hatten. Zudem hat sich die „Fußballwelt“ erheblich gewandelt: Zwar ist das Spiel immer noch das Gleiche, „das Runde muss in das Eckige“. Doch seine Risiken und Nebenwirkungen sind andere geworden.

Wirtschaftliches Interesse von Vereinen und Verbänden oder die Begleitung der Medien haben seit 1974, dem Jahr der letzten Spiele um den FIFA-Weltpokal auf deutschem Boden, vieles außerhalb des Spielfeldes verändert. – Einflüsse, die die Ermittlung des Fußballweltmeisters 2006 in jeder Beziehung zu einer Herausforderung machen.

Hinter den Fakten von 64 Spielen mit 32 Mannschaften an 12 Spielorten (zusätzlich der Trainingsstätten) läßt sich der organisatorische Aufwand für einen reibungslosen Ablauf nur unzureichend erahnen.

„Das Ausspielen einer Meisterschaft ist mehr als zwei bis drei Länderspiele.“

LPD Jürgen Mathies

Das Sicherheitsforum der Gewerkschaft der Polizei zum Thema „Sport, Gewalt und die Fußball-WM 2006“ bot seinen Teilnehmern soziologische Beschreibungen und polizeiliche Einsatzerfahrungen.

Einsatz- und Sicherheitskonzeptionen der Polizeien und des Organisationskomitees Fußball-WM 2006 sollen die Regierungsgarantien, die bei der Bewerbung abgegeben wurden, einlösen.

Eine Projektgruppe hat im Auftrag der IMK die „Rahmenkonzeption zur Bewältigung von polizeilichen Einsätzen anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland erarbeitet.

**Auf ihrem Sicherheitsforum „Sport, Gewalt und die Fußball-WM 2006“ hat die GdP am 17. und 18. Oktober 2004 in der Veltins-Arena in Gelsenkirchen einen Überblick über den Stand der polizeilichen und gewerkschaftlichen Vorbereitungen der Fußballweltmeisterschaft gegeben. Dazu hat die GdP Experten aus Fußball, Wissenschaft und Polizei eingeladen, die den rund 120 Teilnehmern umfassende Informationen rund um die Sicherheit bei der WM 2006 gegeben haben.**

Dabei wurde die Bedeutung von Informationsgewinnung, -auswertung und -weitergabe besonders deutlich. Erst sie erlauben eine differenzierte und angemessene Reaktion auf jedes Spiel und seine Zuschauer.

Diese „Rahmenkonzeption“ als Teilkonzept des Nationalen Sicherheitskonzeptes enthält ein umfassendes polizeiliches Lagebild WM 2006 sowie Regelungen über den polizeilichen Informationsaustausch

mit den Behörden im In- und Ausland, die Einrichtung von Zentralstellen beim LKA NRW (ZIS WM 2006), dem BKA sowie der Bundespolizei, gefahrenabwehrende Maßnahmen im In- und Ausland (z. B.: Meldeaufgaben, Ausreiseverbote, Gefährderransprache) und polizeilich operative Maßnahmen auf Reisewegen, in Städten und in Stadien.

„Wir erwarten nicht 3,2 Mio. Straftäter.“

PD Michael Endler,  
Leiter der ZIS



**Kompetenz war geladen und kam zum Sicherheitsforum der GdP in der Veltins-Arena in Gelsenkirchen. In der ersten Reihe die Referenten Prof. Dr. Gunter Pilz, Sportsoziologe an der Universität Hannover (l.) und Jürgen Mathies, LPD von Nordrhein-Westfalen (Mitte)**

Durch den nahezu wöchentlichen Ligabetrieb der Bundesliga und der Spiele verfügen die deutschen Polizeien über einen guten Erfahrungswert in der Lagebewältigung aus Anlass von Fußballspielen. Sie nutzen dabei auch intensiv das Potential von fankundigen Kolleginnen und Kollegen.

Eine besondere Bedeutung kommt daher dem Informationsmanagement der Zentralen Informationsstelle Sport (ZIS) zu. Ihr Leiter PD Michael Endler sieht die Polizei als Bestandteil der Gastgeberrolle dieses Turniers.

Den praktischen Teil der Konzepte betrachtete der für die Veltins-Arena zuständige Leiter

PI Nord in Gelsenkirchen, PD Uwe Grzella: Am Beispiel des Champions League-Finale 2004 veranschaulichte er auf erfrischende Weise, das „Konzeptionen vor Ort gelebt werden müssen“.

„Die geplanten Ausstrahlungen der Spiele auf Großbildleinwänden ist bisher eine noch nicht abzuschätzende Gefahr.“

Helmut Spahn,  
Sicherheitsbeauftragter  
des WM-Organisationskomitees (OK)

---

Die Stadien sind aufgrund der umfangreichen Sicherheitsanforderungen, die die FIFA in den letzten Jahren aufgestellt hat, inzwischen baulich und technisch so gestaltet, dass die früher bestehenden Gefahrenschwerpunkte entfallen sind. Die Zugangskontrollen wurden stark ausgedehnt und gegnerische Fan-Gruppen sind im Stadion wesentlich besser voneinander getrennt. Der gesamte Bereich ist videoüberwacht und in den Stadien gibt es nur noch Sitzplätze. Musste zum Beispiel bei der Europameisterschaft 1988 in Deutschland ein Stadion noch festungsartig von der Polizei abgeriegelt werden, um Gewaltexzesse zu verhindern, sind heute die Sicherheitsvorkehrungen so weit ausgedehnt worden, dass solche intensiven polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen im Stadionbereich nicht mehr erforderlich sind. Dazu kommt, dass

in den Stadien die Sicherheitsaufgaben ausschließlich von Ordnungskräften des Veranstalters übernommen werden.

Das Sicherheitskonzept des Veranstalters FIFA stellte der Sicherheitsbeauftragte des WM-OK, Helmut Spahn, vor. Dem Motto des Events „Die Welt zu Gast bei Freunden“ fügte er in seinen Ausführungen ein dickes „Aber“ hinzu: Es gelte, für die der Gäste Sicherheit zu gewährleisten und sich weltoffen zu präsentieren. In vielen Städten in Deutschland werden Großbildleinwände zur Live-Übertragung von Fußballspielen aufgestellt werden. Doch die gute Absicht hat ihre Tücken:

Mit dieser Möglichkeit können die Spiele an verschiedenen Orten gleichzeitig erlebt werden. Ein Umstand, der unter den Möglichkeiten des Kartenkaufs

und dem Aspekt, „Fußball sehen ist nur in der Gemeinschaft schön“, ein erhebliche polizeiliche Relevanz erhält.

Die Planungen beispielsweise der Fanprojekte 2006 GmbH läuft auf vollen Touren. Derzeit werden die genauen Standorte für Zeltsstädte festgelegt. Fest steht bisher, dass es jeweils eine Zeltstadt im Süden (Raum München), Mitte (Raum Köln) und Norden (Raum Berlin) geben wird.

Für die so genannten „Public Viewing“-Veranstaltungen müssen der Veranstalter, die Kommunen und die Polizei Anforderungen an den Veranstaltungsbereich, Beschränkungen der Zuschaueranzahl, Zugangskontrollen, Rettungswege, Ordnerdienste und die Frage des Alkoholverbots formulieren, um mögliche Gefahren zu vermeiden. Diese Open-Air-Veranstal-

tungen werden ein Problemfeld sein. Gerade der Aspekt des Public-Viewings unterstreicht, welche Größendimensionen der Einsatz im nächsten Jahr während der Fußball-WM für die deutsche Polizei annehmen wird – denn nicht alle Veranstaltungsorte werden die 16.000 Kirchen und Gemeindehäuser sein, die gemäß Beschluss der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) zur Verfügung stehen, um die Spiele zu zeigen.

“ **Fußballfans  
als Gäste behandeln  
und nicht als  
Problem.** “

**Thomas Schneider**

Einblicke in die gewandelte Fankultur gab der Sportsoziologe an der Universität Hannover Prof. Dr. Gunter Pilz.

## Die Fieberkurve steigt!

Kommentar zum Artikel „Es ist nur ein Spiel ...“

An den Fernsehabend des 22. Oktober 1969 erinnere ich mich noch sehr genau.

Die deutsche Fußballnationalmannschaft spielte gegen die schottische im Hamburger Volksparkstadion. Sie musste gewinnen, um sich für die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko zu qualifizieren. Durch ein Tor von „Stan“ Libuda („Keiner kommt an Gott vorbei, außer Libuda“) in der 79. Minute besiegte die deutsche Mannschaft erstmals eine schottische.

Die Erinnerung an dies Spiel ist eine Gefühlssache. Jede Sportart vermittelt Triumphe und Tragik.

Ist es naiv bei Fußball nur an die schönste Nebensache der Welt zu denken? Fußballbegeisterte können Mannschaftaufstellungen, Spielpaarungen, -ergebnisse oder sogar Zitate wiedergeben und zu ordnen ohne Suchmaschinen oder Datenbanken.

Jedem Fußballbegeisterten sind die Risiken und Nebenwirkungen bewusst.

Nach dem sich El Salvador für die Endrunde in Mexiko qualifiziert hatte brach ein kriegerischer Konflikt zum Nachbarland Honduras mit 200 Toten aus.

Beim „Bundesligaskandal“ 1971 wurde der Verlauf von Spielen manipuliert.

1973 funktionierte die chilenische Junta das Stadion von Santiago de Chile zu einem Massengefängnis um.

1974 führte Eintracht Braunschweig als erster Deutscher Verein die Trikotwerbung ein. 1985 wurde beim Europacup-Finale im Brüssler Heysel-



Jörg Radek

Stadion zwischen Liverpool und Turin nach einer Panik im Brüssler Fußballstadion waren 39 Menschen getötet und über 100 verletzt.

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg verkündete am 15. Dezember 1995 das so genannte Bosman-Urteil. Der Fußballspieler Jean-Marc Bosman klagte gegen eine Ablösesumme und bekam Recht. Ein Urteil mit weit reichenden Folgen. Keine Ausländerbeschrän-

kung für die Vereine. Für die wiederum die Finanzierungsmöglichkeiten durch Spielerverkäufe verändert wurden. Während für die Spieler sich neue Möglichkeiten von zusätzlichen Einkünften ermöglichten.

Mit und am Fußball wird Geld verdient, viel Geld. Spielergehälter, Fernsehgelder und Werbeeinnahmen lassen ein millionenschweres Geschäft zu.

Zu den weiteren Nebenwirkungen gehören leider auch Krawall und Randalen.

Die Faszination „Fußball“ geht nicht von seinen Begleitumständen aus.

Die Anziehung besonders bei Weltturnieren sind unvorhergesehene Spielverläufe, Außenseitersiege, Spielverlängerungen und Elfmeterschießen. Aus ihnen besteht der Reiz.

Die Auslosung der Spielpaarung für die Vorrunde wird diesem Reiz einen weiteren Impuls geben und die Vorfremde auf die Spiele schüren. Die „Fieberkurve“ wird ansteigen. Die Ursache dafür darf jedoch nicht der Risikofaktor einer Paarung sein oder die Beurteilung des Kräfteansatzes. Im Mittelpunkt steht der Spaß an einem Mannschaftsspiel, deren Ausgang nicht immer prognostiziert werden kann.

Wetten ...? jr

Seine spannenden Ausführungen veröffentlichten wir bereits in der DP-Ausgabe 10/05.

„Nach dem Spiel, ist vor dem Spiel.“

Sepp Herberger, Trainer der deutschen Fußballnationalmannschaft von 1936 bis 1964

Thomas Schneider von der Koordinierungsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend berichtete über die Zusammenarbeit mit Behörden, Städten, Stadien, Vereinen und öffentlichen Institutionen, die sich für die Fan- und Besucherbetreuung verantwortlich fühlen. Ebenso wie Prof. Dr. Gunter Pilz zeigte er auf, wo hin die zunehmende Kommerzialisierung von Sport – und insbesondere des Massensports Fußball – führen

können. Auch wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, dass es keine Angebote abseits vom Kommerz gäbe, die die Kultur der Fans trifft. Das Kulturrahmenprogramm zur WM sei „verkopft“ und erreiche nicht die Masse der Fußballbegeisterten. Das Augenmerk läge zu sehr darauf nur Sicherheit zu organisieren.

Vielmehr müsse das Verhältnis zwischen Spielzeit und spielfreier Zeit betrachtet und in der Zwi-

schenszeit Angebote gemacht werden.

Die Tatsache, dass alle Mannschaften pro Spiel den Spielort wechseln müssen, mag aus Sicht der FIFA gut sein, erfordert aber auch hinsichtlich der Fanbewegungen eine besondere Aufmerksamkeit.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Medien beurteilt werden. Hierbei scheint weniger die Anzahl der Akkreditierten von Bedeutung.

### Daten zur Fußball WM 2006

**32 Mannschaften**  
**(32 Teamquartiere,**  
**32 Trainingsstätten)**  
**12 Spielorte**  
**(36 Venue-Hotels,**  
**24 Trainingsstätten)**  
**64 Spiele (fünf bis**  
**sechs je Spielort)**

Die Erfahrungen der EURO 2004 in Portugal lehren, dass die Sendezeit mit Vor- und Nachberichten allein keine Einschaltquoten oder Auflagen bringen. Die spielfreie Zeit mit „bunten Geschichten“ zu füllen, führt zu einer eigenständigen Betrachtung des Turniers durch die Medien. Es bleiben rund 600 Stunden spielfreie Zeit, nicht nur für Fußballmüde; sondern für die News rund um das Spiel und seine Nebenwirkungen.

Dabei soll es schon mal vorgekommen sein, dass Aktionen nur für die Medien stattgefunden haben.

Die zweitägige Veranstaltung wurde durch die Vorstellung des Gewerkschaftlichen Betreuungskonzeptes abgerundet.

Doch bei allen Szenarien und Facetten darf nicht vergessen werden, der äußere Anlass bleibt ein Fußballspiel. jr

## Auf ein Wort

*Liebe Seniorinnen, liebe Senioren,*  
der Redaktionstermin bringt es mit sich, dass ich Anfang November diese Zeilen für die Dezember-Ausgabe DP schreibe, also vier Wochen vor der Adventszeit, und mir ist im Moment gar nicht



Heinz Blatt

weihnachtlich zu Mute. Zurzeit jagen bei uns jeden Tag andere Gerüchte, Kürzungs- und Sparvorschläge durch die Medien und verunsichern damit die Bürger unseres Landes, ganz besonders die ältere Generation, die von den verschiedenen Sparvorschlägen mehrfach betroffen ist:

Rentenkürzungen bzw. „Nullrunden“, die nicht einmal einen Inflationsausgleich ermöglichen, Zuzahlungen bei Arztbesuchen und Medikamenten, Leistungskürzungen bei Zahnbehandlungen, Erhöhung der Beiträge zu Pflegekassen, und dergleichen mehr.

Hinzu kommt die jüngste Forderung des Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Missfelder, „Nullrunden für Rentner per Gesetz zu veranlassen.“ Schon einmal versuchte er es, sich mit seiner unqualifizierten Äußerung im August 2003 nach „geringeren medizinischen Leistungen für ältere Menschen“ ins Rampenlicht zu setzen. Gott sei Dank fiel er damit kräftig auf die Nase. Schade, dass sich bis heute niemand aus der großen Volkspartei CDU dazu bequemt, die neuerliche Forderung dieses Jung-Politikers zu dementieren.

Mir ist schon bewusst, das Sparmaßnahmen und damit verbundene Einschnitte notwendig sind und dass die meisten unserer Rentner und Pensionäre durchaus bereit sind, durch eigene Beiträge zur Lösung der misslichen finanziellen Lage beizutragen, doch sie wollen Planungssicherheit, wollen endlich wissen womit sie in Zukunft rechnen müssen. Sie sind keineswegs so egoistisch, wie es vor allem von manchen Jüngeren behauptet wird. Sie haben – mehr als Generationen vor und nach ihnen – im Laufe ihrer Biografie gelernt, sich einzuschränken, zu rechnen, zu sparen, zu verzichten, sich mit Wenigem zufrieden zu geben.

Enttäuscht sind sie allerdings über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. September 2005 zum Versorgungsänderungsgesetz 2001. Nach diesem Urteil ist es mit der Verfassung vereinbar, dass das Versorgungsniveau um 4,33 Prozent abgesenkt wird.

Vor diesem Hintergrund warnt die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei den Gesetzgeber davor, das Urteil für erneute Sonderopfer heranzuziehen.

Wir erinnern den Gesetzgeber, zu den Rahmenbedingungen zu stehen, unter denen wir ange treten sind und unter denen wir uns haben in die Pflicht nehmen lassen.

Wir erinnern unseren Dienstherrn, sein Wort zu halten. Nur so kann Vertrauen wachsen und Vertrauen erhalten bleiben.

Das soll uns aber nicht davon abhalten, uns auf ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise der Familie und auf ein gesundes und möglichst zufrieden verlaufendes Jahr 2006 zu freuen.

*Bis zur nächsten Ausgabe euer Heinz Blatt  
Vorsitzender  
der Seniorengruppe Bund*

## GDP-SENIOREN – ON TOUR

### Türkei erleben

Die 5. Bundesseniorenfahrt liegt hinter uns.

Dank bester Organisation und abwechslungsreichem Programm kann sie als eine hervorragende Service-Leistung der Gewerkschaft der Polizei für ihre älteren Mitglieder und als ein tolles Erlebnis gewertet werden. Dabei wurde das Muster der vier vergangenen Reisen beibehalten: gewerkschaftliche Informationen, Kultur- und Landschaftserlebnisse mit Spaß zu verbinden. Auch bei dieser Reise wurde die

#### Gemeinschaft erfahren – Landschaft genießen

Umfeld und Umgebung sind wichtige Faktoren, um sich wohl zu fühlen. Diese waren direkt bei der ersten Begegnung mit der Hotelanlage und dem freundlichen Personal gegeben.

So zog es viele nach einem ausgiebigen Frühstück in den Freizeitbereich des Hotels mit den vielen Möglichkeiten, etwas für die Ge-



Erholung in Gemeinschaft und wundervoller Landschaft Fotos (3): GdP

Mischung, Touristisches mit gewerkschaftlichen Themen zu verbinden, von den meisten Teilnehmern für gut befunden.

**„Die Seele baumeln lassen, Energie tanken und die vielfältigen Möglichkeiten zur Entspannung in der Hotelanlage Süral Resort nutzen und ein bisschen Distanz zum Alltag gewinnen. Dabei nicht immer nur an das Gestern denken, nicht immer nur nach vorne blicken: Im heute sollen wir leben – im Hier und Jetzt.“** Mit diesen Worten begrüßte der Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt die rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Türkei-Reise und lud sie ein, mit dazu beizutragen, dass diese GdP-Fahrt zu einem Gemeinschaftserlebnis wird.

Eine Empfehlung, von der sich die Kolleginnen und Kollegen in den folgenden Tagen gern leiten ließen.

sondheit zu tun. Andere wiederum nutzten die Gelegenheit zu einem Spaziergang entlang des Sandstrandes oder zu einem Bad im warmen Mittelmeer.

Die Abende verbrachte man in fröhlicher Runde in den Hotel-Restaurants oder an der Pool-Bar, tauschte Erinnerungen aus und ließ die schönen Tage in Side Revue passieren. Abende, an denen das Gemeinschaftsgefühl wesentlich gestärkt wurde.

Die Tagesfahrten zum „Green Canyon“ mit seinem türkisfarbenen Stausee – ein Paradies auf Erden. Die Manavgat-Markt- und Flussfahrt und eine Bootsfahrt auf dem Manavgat-Fluss bis zur Meeresmündung gehörten mit zu den Highlights der Reise. Ebenso war die „Blaue Reise“ auf dem Meer mit einer „Gulet“, einem landestypischen Holz-



## Die Referenten

Die Referenten auf der Seniorenfahrt: Bundesseniorenvorsitzender Heinz Blatt, GBV-Mitglied Bernhard Witthaut und Bundessekretär Hans Adams (v. l. n. r.)

Mit seinem Referat **Mensch bleiben trotz – oder gerade wegen des Alterns** machte **Heinz Blatt** den Zuhörern Mut, das Alter als eine Herausforderung anzunehmen, als eine Chance, die Lebensqualität zu verbessern und eine Freiheit zu genießen, die früheren Generationen nicht gegeben war. Anstatt der Jugend nachzutrauern und sich über vermeintliche und tatsächliche Handicaps zu grämen, sei es sinnvoller und gesünder, sich aktiv der Lebenswahrheit zu stellen. Denn: Mit dem Altwerden ist es wie

mit dem Leben: Es gelingt nicht jedem und es gelingt keinesfalls ohne weiteres. Ebenso erfordert „Älter werden“ Mut, weil es gilt, sich gegen Vorurteile der „Jugendlichkeit“ versessenen Gesellschaft zu behaupten. „Sinn für Humor, eine beinahe mutwillige Spitzbübigkeit und das Gefühl, dass das Leben Spaß macht, sind mächtige Waffen gegen das Altern.“ Von daher sollten wir Kontakte pflegen, wie wir es bei solchen Seniorenfahrten tun.

„Sich isolieren, bleibt der Feind der Lebensfreude“ so Blatt.

Der stellv. Bundesvorsitzende **Bernhard Witthaut** sprach in seinem Referat „Weichenstellung für die zukünftige Gewerkschaftspolitik“ eine Vielzahl von Themen an wie Altersteilzeit, Arbeitszeit, Leistungsbewertung, Entwicklung der Gewaltkriminalität mit Auswirkungen auf die Polizei sowie seniorenspezifische Fragen.

**Hans Adams** erläuterte in seinem Vortrag zum Thema „Beamtenversorgung unter Druck“ anschaulich und höchst kompetent die derzeitige Situation der Beamtenversorgung und die der Versorgungsempfänger in Zukunft.

„Beamte, Angestellte und Arbeiter sitzen – was die Alterssicherung angeht – alle in dem gemeinsamen Boot „Volkswirtschaft Deutschland.“

Änderungen im Rentenrecht bleiben demzufolge nicht ohne Folgen für die Beamtenversorgung, so Adams.

segelschiff, ein tolles Erlebnis. Bei den Landausflügen hatten wir auch Gelegenheit, in einem

kleinen Bauerndorf eine Dorfmoschee zu besuchen und uns vom türkischen Familienleben

und den Sitten der Dorfbewohner faszinieren zu lassen.



Besuch beim Polizei-Vizepräsidenten im Polizeipräsidium von Manavgat

## GdP-Abend in der Beach-Bar

Einen weiteren Höhepunkt der Reise stellte der GdP-Festabend in der Beach-Bar mit einem abwechslungsreichen Programm und einem reichhaltigem Buffet türkischer Spezialitäten dar. Folkloreveranstaltungen, Gesangs- und Bauchtanzdarbietungen ließen den Abend zu einem unvergesslichen Erlebnis werden. Organisationsleiter Dietmar Michael führte als Conferencier gekonnt, humorvoll und souverän durch das Programm. Assistent von Heinz

## Zu: 5. Bundesseniorenfahrt

Auch diesmal wieder mehr als nur eine Urlaubsreise. Unterhaltung, Ausflüge und Vorträge rund um die Versorgung und vor allem der hervorragende Vortrag vom Kollegen Heinz Blatt zeichneten diese Seniorenreise aus.

Durch die Auswahl des Süral Resort-Hotel mit seinem Anlagen, insbesondere des Wellnessbereiches, den wir dank GdP zu besonders günstigen Konditionen nutzen konnten, konnten wir uns wieder fit für den Alltag machen und eine Balance zwischen Körperlicher und seelischer Verfassung herstellen. Dank der GdP für diese schöne Reise. Wir hoffen, dass es auch in den nächsten Jahren noch solche Bundesseniorenfahrten geben wird.

**Bertram u. Erika Kittel, Bremen**

Anreise und Organisation haben prima geklappt. Das Hotel „Süral Resort“ – im Frühjahr eröffnet – ließ keine Wünsche offen. Die GdP-Sekretäre Dietmar Michael, Hans Adams, Thomas Klein und der Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt waren „all und überall“ zur Stelle.

Meine Regierung und ich fühlten uns unter den Angehörigen der großen GdP-Familie „Sauwohl“ und meine Frau meinte: „det war keene Fehlinvestition.“ Ein Berliner, seine Ehefrau und die anderen Kollegen/-innen aus der Bundeshauptstadt sagen Danke für die gute Vorbereitung und Durchführung der 5. Bundesseniorenfahrt.

**Klaus Lowitz, Berlin**

Für uns war es die erste Reise mit den Bundessenioren. Hätten wir vermutet, was wir heute wissen, wären wir schon früher dabei gewesen. Nicht nur die Wahl der Hotelanlage, sondern auch die umfassende und durchdachte Organisation unseres Aufenthaltes war beeindruckend. Für uns war es ein entspannter und erholsamer Urlaub. Dafür, dass dies so gelungen ist, danken wir den Kollegen Heinz Blatt, Hans Adams, Dietmar Michael und Thomas Klein.

Im nächsten Jahr ein entsprechendes Angebot ... und wir sind sicher wieder dabei.

**Gisela und Volker Schubert, Klein Offenseth-Sparrieshoop**



# SENIORENJOURNAL

Blatt und Hans-Joachim Adams versteigerte er im Rahmen einer Tombola wertvolle GdP-Präsente, deren Erlös den dienstbaren Geister des Hotels zugute kam. Bei Tanzmusik bis kurz nach Mitternacht ging ein schöner Abend zu Ende, der vielen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Wie bei allen Seniorenfahrten gilt unser Dank all denjenigen, die mit ihrem Engagement und Einsatz wesentlich zum Gelingen dieser schönen Reise beigetragen haben. Hier sind besonders hervorzuheben die Organisatoren und Reiseleiter Dietmar Michael, Hans-Joachim Adams

vom Bundesvorstand und Thomas Klein von der GdP-Service GmbH NRW. Aber auch den Referenten gebührt Dank für ihre informativen, anschaulichen und unterhaltenden Beiträge.

Auch diese Reise dürfte das Gemeinschafts- und Solidaritätsgefühl gestärkt haben.

Die wunderschönen Tage in der Türkei gingen wie immer zu schnell vorbei und deshalb ist die berechnete Frage:

„Wann findet die nächste Bundesseniorenfahrt statt?“

(Antwort siehe nachfolgenden Beitrag)

*HeBla*

## Zur 6. Bundesseniorenfahrt 2006 wieder in die Türkei – Vom 4. - 18.09.06 an die südliche Ägäis

Wie in den vergangenen Jahren findet auch 2006 eine Bundesseniorenfahrt statt. Leider konnte der Wunsch, eine Bundesseniorenfahrt nach Kroatien durchzuführen, nicht verwirklicht werden, da nicht ausreichende Kapazitäten für den Termin Anfang September zur Verfügung stehen.

Da viele Kolleginnen und Kollegen zur letzten Fahrt die türkische Gastfreundschaft als überdurchschnittlich empfunden haben, möchten wir mit einer Reise an die Türkische Ägäis das Bild der Türkei vervollständigen.

Mit einem weiteren TOP-Angebot geht es in das Hotel Marmaris Palace \*\*\*\* direkt an den mit einer „Blauen Flagge“ ausgezeichneten Strand von Icmeler unweit von Marmaris.

Das Hotel Marmaris Palace liegt inmitten eines gepflegten Piniengartens, direkt am Meer. Zum Zentrum von Icmeler sind es über die Strandpromenade nur 2 km, bis Marmaris 6 km. Die geschmackvoll gestaltete Hotelanlage gilt als architektonisch reizvoll und bietet alle Voraussetzungen für einen gehobenen Urlaubsanspruch. Die Hotelanlage bietet neben der Empfangshalle mit Rezeption, eine weitläufige rustikal gestaltete Lobby, Restaurants, ein türkisches Café, Bars, Friseur, Shops, Hallenbad und ein Beautycenter. In der Außenanlage des Hotels befinden sich 2 Swimmingpools mit Poolbar, ein Aquapark mit 4 Wasserutschen, Sonnenterassen, Liegen mit Auflagen und Sonnenschirme. Für Strandbegeisterte bietet das Hotel selbstverständlich eine Beachbar.

Das Hotel Marmaris Palace



bietet Doppelzimmer im Haupthaus, sowie Bungalowzimmer. Für unsere Teilnehmer haben wir die Bungalowzimmer in der Gartenanlage reserviert. Diese Bungalowzimmer verfügen über Bad, Föhn, Balkon, Klimaanlage, Telefon, SAT-TV, Kühlschrank und Mietsafe.

Unser Hotel bietet All inklusive Verpflegung: Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform. Nachmittags Kaffee/Tee, Snacks und Mitternachtssnacks sowie unbegrenzt lokale Getränke (10 - 02.00 Uhr).

Neben einem Ausflug nach Rhodos zum Sonderpreis wird ein buntes Ausflugprogramm fakultativ vor Ort angeboten. Kleine Überraschungen und die beliebten gewerkschaftspolitischen Vorträge werden unseren Aufenthalt in Marmaris abrunden.

Die türkische Ägäis ist eine der reizvollsten Landschaften des Mittelmeers mit verträumten Buchten, schönen Stränden und türkisblauem Wasser. Das Land der antiken Stätten und Felsengräber erstreckt sich von Marmaris bis nach Kas. Die Ber-

ge des westlichen Taurus reichen vielerorts bis an das Meer. Die üppige Vegetation mit vielen subtropischen Pflanzen und Bäumen, insbesondere die Pinienwälder an den Berghängen und an der Küste mit ihren Grüntönen, gehen hier über in die prächtigen Farben des Meeres, die vom tiefen Dunkelblau und Türkis bis zum hellen Blau der flachen Gewässer reichen. Entlang dieser Küste findet man unzählige Sehenswürdigkeiten und Ruinen der Antike. Lykische Felsengräber und die Überreste einstiger Städte – zum Teil im Meer versunken und im klaren Wasser gut erkennbar – sind Zeugen der kulturellen Vielfalt dieser Region.

**Unser Angebot zur 6. Bundesseniorenfahrt:**

**(Veranstalter: ITS Reisen mit bis zu 15 % Ersparnis zum Katalog)**

**p. P. im Bung./AI**  
**ab 999 Euro**  
**Einzelbelegungszuschlag**  
**250 Euro**  
Zzgl. Flughafenzuschläge

Bei Interesse an unserer 6. Bundesseniorenfahrt fordern Sie Informationen und den Anmeldebogen bitte mit dem nachstehenden Coupon an!

*Thomas Klein*

Bitte senden sie Informationsmaterial und Anmeldebogen für die Türkeireise an:

Gewerkschaft der Polizei  
6. Bundesseniorenfahrt  
Forststraße 3a  
40721 Hilden

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_